

Die
Kommunalverfassung
der
städtischen und ländlichen Gemeinden
des
Herzogthums Braunschweig.

Von
Advokaten Rothschildt
in Braunschweig.

Braunschweig,
Verlag und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.
—
1844.

Die
Kommunalverfassung
der
städtischen und ländlichen Gemeinden
des
Herzogthums Braunschweig.

UB Braunschweig

84



2301-479-8

Die
Kommunalverfassung
der
städtischen und ländlichen Gemeinden
des
Herzogthums Braunschweig.

Von
Advokaten Rothschildt
in Braunschweig.

Braunschweig,
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.
1844.



V o r w o r t.

Die in dieser Schrift enthaltene Uebersicht unserer bis jetzt freilich nur für die Städte einigermaßen ausgebildeten Kommunalverfassung dürfte um so weniger unwillkommen sein, als sich daraus der Gang dieses wichtigen Theils des inneren Staatsorganismus seit dem Jahre 1813 ergibt. Allerdings sind die Quellen, woraus ich geschöpft habe, jedem zugänglich, allein mancher scheuet sich, sie unmittelbar zu benutzen, weil die Arbeit, indem zum Verständnisse eines Gesetzes oft drei bis vier andere nachgeschlagen werden müssen, nicht angenehm und die Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten in unserem Lande überhaupt auf das geringste Maaß beschränkt ist, wie sich namentlich daraus ergibt, daß bis jetzt nur eine Stadt von der durch die Städteordnung eingeräumten Befugniß, ein städtisches Statut zu errichten, Gebrauch gemacht hat. Diese große Theilnahmlosigkeit an dem städtischen Leben erklärt sich daraus, daß bis zur Einführung der Allgemeinen Städteordnung die Bürgerschaft so gut als gar keine Mitwirkung bei der städtischen Verwaltung hatte, daß die meisten Städte, besonders die Hauptstadt Braunschweig,

nur ein sehr unbedeutendes städtisches Vermögen besitzen also einer der wichtigsten Gegenstände des Interesses der Bürgerschaft fehlt, daß ferner die Stadtverwaltungen es bis jetzt nicht verstanden haben, die Theilnahme der Bürgerschaft für das städtische Leben mehr zu erregen, und endlich der Mangel aller Deffentlichkeit auch in dem städtischen Leben eine dumpfe Theilnahmlosigkeit hervorbringt.

Eine Kommunalverfassung für die durch gänzliche Bevormundung fast unmündig gewordenen Landgemeinden (einschließlich der Rittergüter) wird nächstens den Landständen vorgelegt werden. Gebe der Himmel, daß auch jenen endlich etwas Selbstständigkeit eingeräumt werde, daß man sie nicht mehr bloß als Staatsverwaltungsorgane betrachte, sondern als selbstständige Organismen zu behandeln anfange und nicht ewig an dem administrativen und polizeilichen Gängelbände führe, wie ängstliche Mütter ihre Kinder, aus Furcht, daß sie einmal straucheln oder fallen könnten.

Geschrieben am ersten April.

Der Verfasser.

Als das Herzogthum Braunschweig dem durch Napoleon geschaffenen Königreich Westphalen einverleibt wurde, trat auch rücksichtlich der Kommunalverwaltung eine vollständige Veränderung ein, indem für diese im wesentlichen die in Frankreich bestehende Verfassung eingeführt wurde. Die Gemeinden, in Dörfern sowohl als in Städten, erhielten als Haupt der Verwaltung Maires — denen nach Umständen Gehülfen unter der Benennung Adjoints beigegeben waren — während bei manchen Angelegenheiten die Interessen der Gemeinden durch einen aus deren Mitgliedern gewählten Gemeinderath vertreten wurden. Die Maires standen unter den Präfekten oder Unterpräfekten und das mit strenger Konsequenz durchgeführte Centralisationsystem ließ den Gemeinden nur wenig Selbstständigkeit und freien Spielraum. Dabei verloren aber die Dorfgemeinden nur sehr wenig, denn auch vor jener Periode befanden sie sich rücksichtlich ihrer Selbstständigkeit in keiner besseren Lage¹⁾; in einer Beziehung gewannen sie sogar bei der Veränderung, indem sie jetzt wenigstens auf völlig gleichem Fuße mit den Städten behandelt wurden.

Der glühende Franzosenhaß war im Jahre 1813 in Deutschland allgemein, besonders aber in den Ländern verbreitet, die mittelbar oder unmittelbar von Napoleon okkupirt gewesen waren. Nichts war natürlicher, als daß der Herzog Friedrich Wilhelm in besonders hohem Grade da-

¹⁾ Vode Beiträge zu der Geschichte der Feudalverfassung im Herzogthume Braunschweig. 26. Heft, Seite 22 ff.

von erfüllt war, und daß dieser Haß sich auch auf die von der Fremdherrschaft herrührenden Einrichtungen erstreckte. Viele während der leider nur zu kurzen Zeit seiner Regierung erlassenen gesetzlichen Anordnungen sprechen dieses Gefühl aus, welches gewiß von der Mehrzahl seines Volks getheilt wurde. Wenn er daher nicht gleich nach seiner Rückkehr, wo so vieles drängte, die bestehende Kommunalverfassung vollständig umändern konnte, so war es doch eine seiner ersten Maßregeln, wenigstens die Benennung der Kommunalbehörden abzuändern. Indem er sich daher vorbehielt, über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten sobald als thunlich weiter zu verfügen, bestimmte er, daß vorläufig die Maires ihr Geschäft fortsetzen, in den Städten und Flecken jedoch Bürgermeister oder Schultheißen, in den Dorfgemeinden aber Ortsvorsteher heißen, die bisherigen Adjunkten aber soweit wie nöthig als Gehilfen der Ortsvorsteher provisorisch beibehalten werden sollten²⁾.

Schon im Anfange des Jahres 1814 ergingen jedoch einige Bestimmungen, die, obwohl unvollständig, doch die bisherige Kommunalverfassung wesentlich veränderten. Es wurde durch die Verordnung vom 18. Januar 1814, die provisorische Justiz- und Polizeiverfassung betreffend, §. 1, bestimmt, daß das Land in Gerichtskreise eingetheilt werden und für jeden dieser Kreise ein Kreisgericht, für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel aber Stadtgerichte bestellt werden sollten³⁾. Diese Behörden sollten sowohl die Justiz, als auch die Verwaltung, einschließlich der Polizei, letztere in dem Umfange verwalten, wie solches bisher von den Distrikts- und Kreisbeamten (den gewesenen Kanton-Maires) geschehen⁴⁾. Die Kreis- und Stadtgerichte waren daher eine

²⁾ Verordnung vom 30. December 1813, die Verwaltung, insbesondere die Gemeindeangelegenheiten betreffend.

³⁾ Anhang der Bekanntmachung vom 22. Januar 1814 (Seite 54 der Verordnungsammlung).

⁴⁾ Verordnung vom 15. Januar 1814, die Justiz und Polizeiverfassung

Art von Centralbehörden, unter denen auch die Gemeindeverwaltungen standen. (In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel gab es weiter keinen Ortsvorstand, sondern die dortigen Stadtgerichte versahen neben den gerichtlichen Geschäften durch eine besondere Abtheilung auch die sonst den Magistraten obliegenden Polizei- und Verwaltungsgegenstände.) In Ansehung des Verwaltungspersonals in den Städten und Flecken sollte sonst auf den Bericht der Kreis- und Stadtgerichte besonders verfügt werden.

In Ansehung der Ortsvorsteher auf dem platten Lande wurde die Verordnung vom 30. December 1813 wiederholt.

Die Verordnung enthält auch einige Bestimmungen über die Verwaltung und Vertretung der Gemeinden, die Dienstbefugnisse und Obliegenheiten der Ortsvorsteher und ihr Verhältniß zu den Kreisgerichten und anderen Behörden. Dies alles hat aber, in Folge der früheren organischen Gesetze, größtentheils nur noch historischen Werth, und da diese rücksichtlich der Städte und Flecken ganz andere Bestimmungen enthalten, als rücksichtlich des platten Landes, so ist es zweckmäßig, von beiden abgesondert zu handeln und dabei von den früheren gesetzlichen Bestimmungen, soweit sie ein Interesse haben oder noch gelten, am passenden Orte zu sprechen.

Diese früheren Gesetze waren, ebenso wie die damit im Zusammenhange stehenden über die Einrichtung der Kreis- und Stadtgerichte, nur provisorisch. Als daher im Jahre 1823 unter der vormundschaftlichen Regierung die Trennung der Justiz von der Verwaltung gesetzlich ausgesprochen ward⁵⁾, mußten auch neue gesetzliche Bestimmungen über die Verwaltung überhaupt, insbesondere über die Gemeindeverwaltung erlassen werden, was in einer besonderen

betreffend, §. 2, Nr. 3. Verordnung vom 19. Februar 1814, die Beziehung der Kreisgerichte auf die Polizei- und Verwaltungsgegenstände betreffend.

⁵⁾ Verordnung, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, vom 26. März 1823.

Verordnung geschah⁶⁾. Die Bestimmungen derselben umfassen sowohl die Städte und Flecken, als das platte Land, und haben für dieses noch jetzt größtentheils gesetzliche Kraft, für jene aber sind sie durch die im Jahre 1834 erlassene Städteordnung aufgehoben⁷⁾.

A. Städtische Kommunalverfassung.

Von einer städtischen Verfassung im eigentlichen Sinne kann vor dem durch die Verordnung vom 26. März 1823 eingeführten Zustande nicht die Rede sein, denn die Verordnungen vom 30. December 1813 und 19. Februar 1814 enthielten, wie schon gesagt, nur höchst unvollständige Bestimmungen über die städtische Verwaltung. Im allgemeinen wurden die westphälischen Maires unter der Benennung von Bürgermeistern und neben diesen der Kommunalrath unter der Benennung von Stadtdeputirten beibehalten, deren Zahl nach Bedürfniß durch die Regierungsdeputation bestimmt werden sollte. Diese Deputirten sollten vernommen werden, wenn von Verpachtung, Veräußerung, Vertauschung oder Erwerbung unbeweglicher Güter für die Gemeinde oder auch von Anleihen für dieselbe die Rede sei⁸⁾ — mit welcher Wirkung ist nicht ausgedrückt. In Ansehung des übrigen in den Städten und Flecken nöthigen Verwaltungspersonals sollte auf Bericht der Kreis- und Stadtgerichte besonders verfügt werden⁹⁾. Außerdem lag denselben die Handhabung der städtischen und, wo nicht besondere Polizeidirektionen errichtet waren, auch die der öffentlichen Polizei ob¹⁰⁾.

⁶⁾ Verordnung, die Polizei- und Gemeindeverwaltung betreffend, vom 26. März 1823.

⁷⁾ Allgemeine Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 4. Juni 1834.

⁸⁾ Verordnung vom 19. Februar 1814. §. 7.

⁹⁾ Ebendaselbst §. 6.

¹⁰⁾ Ebendaselbst §. 9 und 11.

Die ganze Verordnung ist höchst lückenhaft, unbestimmt und dunkel, was übrigens in der damaligen Zeit, wo fast alles reorganisirt wurde, nicht zu verwundern ist.

Eine solche Einrichtung konnte natürlich auf die Dauer nicht bestehen, ohne den städtischen Gemeingeist bis in die Wurzel zu ertöden, und die durch die Verordnung vom 26. März 1823, die Polizei- und Gemeindeverwaltung betreffend, eingeführte städtische Verfassung, so wenig befriedigend sie auch erscheint, mußte doch jenem Zustande gegenüber als ein Fortschritt betrachtet werden.

Dieselbe verordnet, daß in jeder Stadt eine eigene Behörde zur Verwaltung des Gemeindevermögens und der ihr nach den weiter folgenden Grundsätzen übertragenen Gegenstände der örtlichen und allgemeinen Polizei und sonstigen Verwaltung bestehen solle ¹⁾. Dasselbe solle auch von den Flecken gelten, wenn es nicht rathamer erschiene, sie mehr der Verwaltung der Dorfgemeinden zu nähern (§. 12). In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel solle jene Behörde aus einem Magistratskollegium bestehen, zusammengesetzt aus den nach den Umständen nöthigen Mitgliedern, in den übrigen Städten aus einem Bürgermeister und einem Rämmerer (§. 2 bis 4).

Die Wahl des Magistratsdirektors in Braunschweig und Wolfenbüttel (wenn hier ein solcher für nöthig befunden werden sollte) geschieht unter Leitung eines landesherrlichen Kommissairs von dem Magistrate selbst mit Zuziehung von drei, in Wolfenbüttel von zwei Stadtdeputirten, welche dazu von sämmtlichen Deputirten durch eigene Wahl erkoren werden. Die so zusammengesetzte Wahldeputation erwählt drei geeignete Personen, aus denen einer von dem Landesherrn gewählt und bestätigt wird.

In den übrigen Städten wird der Bürgermeister auf ähnliche Art gewählt, jedoch werden nur zwei Personen zu diesem Behufe vorgeschlagen (§. 6, Nro. 2).

¹⁾ Verordnung vom 26. März 1823. §. 1.

Das übrige Personal wird von den Stadtdeputirten gewählt und vom Landesherrn bestätigt (§. 6, Nro. 1).

Zu den Stellen der Unterbedienten werden den Stadtdeputirten vom Magistrate oder Bürgermeister zwei Subjecte zur Wahl präsentirt (§. 6, Nro. 3).

Sodann wird eine städtische Vertretung durch Stadtdeputirte eingeführt, deren Zahl für Braunschweig auf 24, für Wolfenbüttel auf 16, für die übrigen Städte auf 6 bis 8 festgesetzt wird (§. 7). Ueber die Urwahl derselben wird nichts gesagt, sondern nur, daß sie durch sich selbst aus den angesehensten und rechtlichsten Bürgern aller Klassen der Einwohner durch freie Wahl ergänzt werden sollten. Bei einer Vakanz sollen 2 qualifizierte Personen dem Magistrate oder Bürgermeister präsentirt werden, von denen derselbe eine auszuwählen und zu bestätigen hat. Bei der nächsten Ergänzung sollen die Deputirten auf die Klassen der Einwohner besondere Rücksicht nehmen, wovon unter den gegenwärtigen sich keine Mitglieder befinden (§. 8). Alljährlich treten in Braunschweig und Wolfenbüttel 2, in den übrigen Städten aber einer aus, welche jedoch wieder wählbar sind (§. 9).

Rücksichtlich der Obliegenheiten und Befugnisse der städtischen Behörden findet sich außer der oben bereits angeführten Verwaltung des Gemeindevermögens und der ihr übertragenen Gegenstände der örtlichen und allgemeinen Polizeiverwaltung nur noch die Bestimmung, daß in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel die gesammte Polizei durch eine vom Herzoge zu bestellende Behörde, deren Chef Mitglied des Magistrats werde, verwaltet werden solle. In den übrigen Städten werde die Lokalpolizei durch den Bürgermeister, die allgemeine Polizei durch die Kreisämter verwaltet, wenn nicht die Regierung solche dem ersteren übertrage (§. 22 und 24).

Die Befugnisse der Stadtdeputirten sind folgende:

- 1) Die oben erwähnte Theilnahme an der Wahl der städtischen Beamten.
- 2) Prüfung und Begutachtung des Stadtkassenetats.

- 3) Revision und Monitor der Stadtkassenrechnungen.
- 4) Zur Veräußerung städtischer Grundstücke, Aufnahme von Kapitalen für die Stadt und zur Anstellung von Gemeindeprozessen ist ihre Zustimmung erforderlich.
- 5) In wichtigen Verwaltungsangelegenheiten sollen sie gehört werden und dürfen, wenn die Verwaltungsbehörde ihren Rath und ihr Gutachten erfordert, sich dessen nicht entziehen.
- 6) Sie haben die durch Beiträge der Einwohner aufzubringenden Gelder zu veranlagern (§. 10).

Im Allgemeinen werden sie als Rathgeber des Magistrats oder Bürgermeisters in allen wichtigen Angelegenheiten betrachtet und haben zugleich darauf zu achten, daß das Gemeindevermögen zweckmäßig verwaltet werde.

Die vorgesezte Behörde der Magistrate in Braunschweig und Wolfenbüttel ist die Fürstliche Kammer, die städtischen Behörden in den übrigen Städten stehen in Verwaltungssachen ebenfalls unter derselben und dem Oberhauptmanne des Distrikts.

Rücksichtlich der städtischen Einnahmen und Ausgaben sollen Normalstats angefertigt und an die eben genannten vorgesezten Behörden zur Genehmigung eingesandt werden. Diese gelten so lange, bis entweder die stehenden Ausgaben eine Veränderung erleiden, oder behuf deren Deckung die Aufbringung von Kommunalsteuern erforderlich wird. Die Stadtkassenrechnung ist ebenfalls behuf der oberen Revision an die obigen vorgesezten Behörden einzusenden (§. 21).

War diese Einrichtung auch im Verhältnisse zu dem früheren Zustande ein Fortschritt zu nennen, so war sie doch an sich im höchsten Grade ungenügend. Die Theilnahme der Stadtdeputirten an der städtischen Verwaltung war eine höchst beschränkte, ihre Befugnisse waren nicht scharf genug ausgesprochen, und mit Ausnahme der unter 4) angeführten Gegenstände waren sie offenbar auf ein unmaßgeb-

liches Gutachten beschränkt. Sodann war es ein überaus großer Mangel, daß es an einer Geschäftsordnung für sie fehlte, wodurch ihr Einfluß noch mehr gelähmt werden mußte. Das schlimmste aber war, daß die Bürgererschaft unbedingt nicht die geringste Mitwirkung bei ihrer Wahl und Ergänzung hatte, diese vielmehr von ihnen selbst geschah; wobei ihnen aber wiederum nur ein Präsentationsrecht zustand. Dadurch erhielt die ganze Stadtverwaltung den Charakter einer oligarchischen und zugleich ohnmächtigen Korporation, wodurch in Verbindung mit der völligen Geheimhaltung der ganzen Administration und der darauf bezüglichen Verhandlungen die Theilnahme der Bürgererschaft bis auf den letzten Funken erstickt werden mußte, wie es denn auch wirklich geschah. Die Mängel dieses Zustandes waren aber zu allgemein fühlbar geworden, als daß nicht der Wunsch nach einer Verbesserung immer lauter hätte werden sollen. Diese wurde auch nach den umfassenden organischen Veränderungen der ganzen Landesverfassung in Folge der Ereignisse des Jahres 1830 fast unvermeidlich. Das unter der allerdings nicht erschöpfenden Benennung: »Neue Landschaftsordnung für das Herzogthum Braunschweig« am 12. Oktober 1832 erschienene Staatsgrundgesetz enthält daher im 3ten Kapitel §. 41 bis 56 Bestimmungen über die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Stadtgemeinden sowohl, als der Landgemeinden, und in §. 54 war festgesetzt, daß die Rechtsverhältnisse der städtischen Gemeinden und deren Beamten durch die allgemeine Städteordnung und die jeder einzelnen Gemeinde durch ein besonderes Statut näher und ausführlicher festgesetzt werden sollten.

In Folge dessen wurde von der Regierung mit Zustimmung der Landstände die allgemeine Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 4. Junius 1834 und das Gesetz, die Einführung derselben betreffend, von demselben Tage erlassen, welche, als das zur Zeit geltende Recht, ausführlicher besprochen werden sollen.

I. Inhalt der Städteordnung.

Die A. St. O. zerfällt in 6 Titel folgenden Inhalts:

- Titel I. Von den Stadtgesetzen §. 1 bis 4.
- „ II. Von den Stadtgemeinden §. 5 bis 29.
1ster Abschnitt. Von dem Stadtbezirke.
2ter „ Von den Gemeindegemeinschaften.
- „ III. Von den Rechten und Pflichten der Stadtgemeinden §. 30 bis 53.
- „ IV. Von den Stadtverordneten, ihren Rechten und Pflichten und ihren Verhandlungen §. 54 bis 77.
- „ V. Von den städtischen Beamten, ihren Rechten und Pflichten und ihrer Geschäftsführung §. 78 bis 112.
A. Von dem Magistrate.
B. Von den Hilfs- und Unterbeamten.
- „ VI. Verhältniß der Stadtbehörden zu den Landesbehörden und der Landesregierung.

1. Rechtliche Natur der A. St. O. und Verhältniß derselben zu dem Statute.

Schon in dem Staatsgrundgesetze ist verordnet, daß die Rechtsverhältnisse der städtischen Gemeinden und deren Beamten durch die A. St. O. und die jeder einzelnen Gemeinde durch ein besonderes Statut näher und ausführlicher bestimmt werden sollten¹²⁾. Diese Bestimmung wird im §. 1 der A. St. O. wiederholt und zugleich der Inhalt der Statuten näher festgesetzt. Dieselben dürfen — wie sich eigentlich von selbst versteht — nichts dem Landesgrundgesetze und den allgemeinen Landesgesetzen widersprechendes enthalten und sind auf Gegenstände der Stadtverfassung, der Verwaltung und Polizei beschränkt¹³⁾.

¹²⁾ Neue Landschaftsordnung §. 54.

¹³⁾ A. St. O. § 2.

Für jede Stadt muß ein Statut errichtet werden, welches alle die Punkte ergänzt oder näher bestimmt, die nach der Vorschrift der A. St. O. einer solchen Ergänzung oder Bestimmung bedürfen und welchem zugleich die außerdem für die Stadt noch geltenden, die Stadtverfassung, Verwaltung und Polizei betreffenden statutarischen Vorschriften spätestens binnen 2 Jahren nach Publikation der A. St. O. angehängt werden¹⁴⁾. Die Statuten sind von der Landesregierung zu genehmigen, von der Stadtbehörde mit Beziehung auf diese Genehmigung zu publiziren und in die Gesetzsammlung mit aufzunehmen¹⁵⁾.

In Gemäßheit der nachfolgenden Paragraphen der A. St. O. soll das Statut einer jeden Stadt Bestimmungen über folgende Gegenstände enthalten:

- §. 9. Ob und in welche Abtheilungen der Stadtbezirk zerfällt, in Beziehung sowohl auf Gemeindeverwaltung überhaupt, als auch besonders in Rücksicht auf die verschiedenen Genossenschaften angehörigen Gemeindegrundstücke, auf Kirchenverwaltung, Armenpflege &c.
- §. 18. Ueber die Beträchtlichkeit des Grundeigenthums oder Gewerbes, welches zur Gewinnung des Bürgerrechts verpflichtet.
- §. 29. Ueber den Betrag der für die Ertheilung des Bürgerrechts sowie für die Aufnahme in die Rolle der Einwohner oder Grundbesitzer zu erhebenden herkömmlichen oder zu bestimmenden Gebühren und deren spätere Abänderungen.
- §. 37. Ueber die etwaige, neben der zur Bestreitung der Kommunalbedürfnisse aufzubringenden Einkommensteuer, auf die Grundstücke zu legenden Abgabe.
- §. 40. Ueber die Verpflichtung zum Waffendienste behuf des Gemeindefchuzes.

¹⁴⁾ A. St. O. §. 3.

¹⁵⁾ Ebendasselbst §. 4.

- §. 42. Ueber die Vertheilung der Einquartierung (in einem Anhange zum Statute).
- §. 44. Darüber, ob von den für den Bedarf der Hofhaltung des Landesfürsten vorbehaltenen, den zu dem Kammergute, dem vereinigten Kloster- und Studienfonds gehörenden oder sonst zu Staatszwecken dienenden Grundstücken, von den Grundbesitzungen der Kirchen, Schulen, frommen Stiftungen und Kammereien zu den städtischen Lasten beizutragen ist.
- §. 54. Nro. 1. Ueber die städtischen Bezirke behuf der Wahl der Stadtverordneten, deren Zahl und die Reihenfolge, in der sie zu wählen haben.
- §. 55. Ueber die Anzahl der Stadtverordneten für jede Stadt.
- §. 61. Nro. 6. Ueber die Größe des Betrags der Kosten von Neubauten, Reparaturen, neuen Einrichtungen und Verbesserungen an städtischen Grundstücken, zu deren Anordnung die Bewilligung der Stadtverordneten erforderlich ist.
- §. 69. Ueber die von Stadtverordneten, welche ohne erhebliche Entschuldigungsgründe den Sitzungen derselben nicht beizuwohnen, zu erlegendende Geldstrafe.
- §. 78. Ueber die außer den gesetzlich erforderlichen drei Mitgliedern des Magistrats etwa noch anzustellenden mehreren Mitglieder.
- §. 79. Darüber, ob die Magistratsmitglieder außer dem Vorstande zu besolden seien.
- §. 81. Die besonderen Bedingungen der Wählbarkeit der Mitglieder des Magistrats.
- §. 82. Ueber die Zahl der bei einer Vakanz im Magistrate zu wählenden Stadtdeputirten, welche bei der neuen Wahl mitwirken.
- §. 89. Ueber etwaige Abweichungen von der Regel, daß besoldete Magistratsmitglieder auf Lebenszeit, un-

soldete nur auf drei Jahre gewählt werden können, jedoch wieder wählbar sind.

- §. 90. Ueber die Normalgehälter der Magistratsmitglieder.
- §. 101. Ueber die Theilnahme des Magistrats an der Aufsicht über die städtischen Unterrichtsanstalten und die Leitung des Schulwesens.
- §. 103. Das Statut soll in einem Anhange die den fortwährenden Deputationen zu ertheilenden Instruktionen enthalten.
- §. 111. Soweit als thunlich sollen auch die Normalgehälter der Hilfsbeamten und Unterbedienten durch dasselbe festgesetzt werden.
- §. 118. Die der Stadt Braunschweig in Beziehung auf die Stadtkirchen, die städtischen Hospitäler, Armen- und Beguinenhäuser, das Hospital Beatae Mariae Virginis, die gemeinen Armenanstalten und die Unterrichtsanstalten zustehenden Rechte bleiben vorbehalten, und das Statut für die Stadt Braunschweig soll unter Berücksichtigung dieser Rechte geordnet werden.
- §. 119. Das Statut soll für die Städte, in welchen die Polizeiverwaltung einer abgesonderten Behörde übertragen ist, das Verhältniß bestimmen, in welchem diese zum Stadtmagistrate steht.

Ueber die Art, wie die A. St. D. ins Leben zu führen sei, enthält das gleichzeitig publizierte Gesetz, deren Einführung betreffend, nähere Bestimmungen. Sofort nach der Publikation beider Gesetze soll nämlich der Magistrat jeder Stadt mit den bisherigen Stadtdeputirten zusammentreten, die Zahl der künftigen Stadtverordneten sowie die Bestimmungen über die in der Stadt zu bildenden Wahlbezirke feststellen und solche der Regierung durch die Kreisdirektion zur Genehmigung vorlegen ¹⁶⁾. Sodann wird zur Wahl der Stadtverordneten und zur Bildung des Magistrats

¹⁶⁾ Gesetz, die Einführung der A. St. D. betreffend, v. 4. Juni 1834. §. 1.

geschritten — wobei jedoch bestimmt ist, daß bei diesem die vorhandenen Mitglieder ihren Posten behalten, bei jenen die Hälfte der dormaligen Stadtverordneten ebenfalls für die nächsten 3 Jahre bleibt und nur die übrigen neu gewählt werden ¹⁷⁾. Sobald die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat auf diese Weise gebildet sind, errichtet der letztere das nach der A. St. D. §. 3. nothwendige Statut, und nach dessen Publikation treten alle Bestimmungen der allgemeinen St. D. in volle Wirksamkeit. Nach der A. St. D. §. 3 müssen dem Statute die außerdem für die Stadt noch geltenden statutarischen Vorschriften (z. B. die Straßenordnung für die Stadt Braunschweig) bald thunlichst und spätestens binnen 2 Jahren nach der Publikation der Städteordnung, mithin, da diese am 20. Juni 1834 publizirt ist, spätestens bis zum 20. Juni 1836, angehängt werden; es leidet daher keinen Zweifel, daß das Statut für jede Stadt bis dahin errichtet sein muß.

Hiernach läßt sich das Verhältniß beider Gesetze zu einander leicht bestimmen. Sie bilden zusammengenommen ein Ganzes und als solches die Stadtverfassung für jede einzelne Stadt. Die A. St. D. kann, da, wie vorhin gezeigt, eine Menge höchst wichtiger Bestimmungen dem Statute vorbehalten sind, ihrer Natur nach nicht eher in volle Wirksamkeit treten, als bis das Statut publizirt ist, und demgemäß ist auch gesetzlich ausgesprochen, daß erst nach dessen Publikation alle Bestimmungen der A. St. D. in volle Wirksamkeit treten sollen ¹⁸⁾.

Bis jetzt ist aber nur das Statut der Stadt Schöppenstedt publizirt ¹⁹⁾, und diese hat daher eine vollständige Stadtverfassung. Die übrigen Städte haben dagegen

¹⁷⁾ A. St. D. §. 2., §. 4 — 7.

¹⁸⁾ Gesetz, die Einführung der A. St. D. betreffend §. 9.

¹⁹⁾ Verordnung die Publikation des Statuts für die Stadt Schöppenstedt betreffend vom 16 Juni 1842.

unbegreiflicher Weise, nachdem seit der Publikation der A. St. D. fast 10 Jahr verfloßen sind, und obgleich nach dieser, wie oben bemerkt, die Statuten 2 Jahre nach der Publikation jenes Gesetzes errichtet sein sollten, dieselben bis jetzt nicht publizirt ²⁰⁾, und es fragt sich daher, welche Folgen dies für dieselben haben muß.

Es ist nun zwar, wie gesagt, mittelbar für die Errichtung des Statuts eine zweijährige Frist bestimmt, jedoch auf deren Nichtbeobachtung ein besonderes Präjudiz nicht gesetzt, mithin müssen deren Folgen aus den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen entwickelt werden. Das Gesetz über die Einführung der A. St. D. §. 9 sagt nur, daß nach der Publikation des Statuts alle Bestimmungen der A. St. D. in volle Wirksamkeit träten. Daraus folgt, daß bis dahin nicht alle Bestimmungen derselben in Wirksamkeit treten. Diejenigen Bestimmungen nun, welche die A. St. D. absolut enthält, sind natürlich nach Ablauf von 10 Tagen nach deren Publikation in Gesetzeskraft getreten. Ebenso ist an der fortwährenden Gültigkeit der außerdem für jede Stadt bestandenen sonstigen statutarischen und Gewohnheitsrechte nicht zu zweifeln. Diejenigen Punkte aber, rücksichtlich deren die A. St. D. keine absolute Bestimmungen enthält, oder keine Bestimmung durch sonstige

²⁰⁾ Der Entwurf des Gesetzes, die Einführung der A. St. D. betreffend, §. 9. enthielt die, auch in das publizirte Gesetz übergegangene Bestimmung, daß sobald die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat gebildet seien, dieselben das Statut errichteten. Der Entwurf der A. St. D. §. 3 setzte fest, daß demselben die außerdem für die Stadt geltenden statutarischen Vorschriften anzuhängen seien, ohne für letzteres eine Zeit zu bestimmen, so daß beides gleichzeitig und sofort hätte geschehen müssen. So wurde die Bestimmung auch von der Ständerversammlung aufgefaßt, welche jedoch für den Anhang eine etwas längere Frist für nöthig hielt und deshalb die in §. 3 der A. St. D. aufgenommene Bestimmung vorschlug, daß der Anhang bald thunlichst und spätestens binnen 2 Jahren nach Publikation der A. St. D. zu errichten sei. Verhandlungen des Landtags von 18³⁷/₃₈. S. 280, 258, 462.

Rechtsnormen besteht, sondern die erst durch das Statut zu ordnen, zu ergänzen oder auszufüllen sind, bilden natürlich Lücken in den Stadtverfassungen, und es kann, wenn dahin gehörende Fälle vorkommen, entweder gar keine Entscheidung getroffen, oder eine etwa getroffene rücksichtlich deren Rechtsgiltigkeit in sehr erheblichen Zweifel gezogen werden.

III. Die Stadtgemeinde.

Der 2. Titel der A. St. O. handelt von der Stadtgemeinde und zwar zunächst von deren geographischem Bezirk, welcher aus den innerhalb der Stadt, der Vorstädte und der Stadtfeldmark belegenen Grundstücken besteht ²¹⁾. Ob und in welche Abtheilungen derselbe in Beziehung auf Gemeindeverwaltung u. zerfällt, ist durch das Statut zu bestimmen ²²⁾.

Gemeindengenossen sind die Einwohner des Stadtbezirks, und sie nehmen Theil an allen aus dem Gemeindeverbande hervorgehenden Lasten und Rechten, welche nicht gesetzlich den Bürgern allein zukommen ²³⁾. Der bloße Grundbesitz im Stadtbezirke ohne das Recht des Wohnsitzes oder der Aufenthalt in demselben ohne Wohnortrecht geben jene Eigenschaft nicht ²⁴⁾. Ueber den Erwerb und Verlust des Einwohnerrechts gelten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über das Wohnortrecht überhaupt.

Bürger sind die von dem Stadtmagistrate in die Bürgerrolle aufgenommenen Stadteinwohner ²⁵⁾. Das Bürgerrecht besteht in der Befugniß, bei der Stadtverwaltung, sowie bei der Wahl der Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten in dem gesetzlichen Verhältnisse mitzuwirken ²⁶⁾.

²¹⁾ A. St. O. §. 5.

²²⁾ Ebendasselbst §. 9.

²³⁾ Ebendasselbst §. 10. §. 13.

²⁴⁾ Ebendasselbst §. 11.

²⁵⁾ Ebendasselbst §. 14.

²⁶⁾ A. St. O. §. 21. Nach §. 13 gehört dazu auch der Genuß der etwaigen, gesetzlich den Bürgern allein zustehenden Rechte.

Berechtigt und befähigt zur Erwerbung des Bürgerrechts ist regelmäßig jeder männliche Stadteinwohner, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und entweder Grundeigenthum im Stadtbezirke besitzt oder in selbstständigen Verhältnissen lebt ²⁷⁾).

Absolut unfähig sind diejenigen, welche wegen eines mit Zwangsarbeit, oder mit einer härtern als einer dreijährigen Gefängnißstrafe oder mit Remotion von einer öffentlichen Funktion bedroheten vorsäglichen Verbrechens oder überhaupt wegen Meineides, Diebstahls, Hehlerei, Betrugs oder Banquerotts von einem in- oder ausländischen Gerichte zur Untersuchung gezogen und entweder mit Strafe belegt oder nur von der Instanz entbunden sind ²⁸⁾. Ferner diejenigen, welche gerichtlich angeschuldigt sind, es versucht zu haben, durch Geschenke, Versprechungen, Drohungen oder sonst auf unerlaubte Weise auf die Wahlen der Landtagsabgeordneten, der Stadtverordneten oder Wahlmänner einzuwirken oder sich solchen Einwirkungen hingegen zu haben, ohne von dieser Anschuldigung völlig freigesprochen zu sein ²⁹⁾.

Der Eintritt der vorstehenden Voraussetzungen bewirkt auch den Verlust des bereits erworbenen Bürgerrechts ³⁰⁾.

²⁷⁾ Ebendasselbst §. 15.

²⁸⁾ Ebendasselbst §. 16. Nr. 1.

²⁹⁾ Ebendasselbst §. 16. Nro. 2. Unter dem Ausdrucke: „oder sonst auf unerlaubte Weise“ würde z. B. der Fall wirklicher Gewalt, ferner auch der gehören, daß jemand wegen Ausübung seines Stimmrechts Geschenke oder sonstige Vortheile für seine Angehörigen annimmt, ferner der, daß jemand, um einen Stimmberechtigten bei der Ausübung seines Rechts zu bestimmen, ihn selbst oder seine Angehörigen gewaltthätig behandelt oder bedrohet, oder ihm Geschenke oder sonstige Vortheile giebt oder verspricht (Criminalgesetzbuch §. 113. I u. II.), endlich der, daß jemand durch falsche Angaben über seine persönlichen und Vermögensverhältnisse das Stimmrecht erschleicht (Criminalgesetzbuch §. 114). Die Strafbestimmungen der Städteordnung sind nämlich durch das Criminalgesetzbuch ausdrücklich bestätigt (§. 17). Nach der A. St. O. §. 16 Nr. 1. sind auch diejenigen absolut unfähig, die sich solchen Einwirkungen hingegen haben.“

³⁰⁾ Ebendasselbst §. 22.

Relativ unfähig sind diejenigen, die für ihre Person oder wegen ihres Vermögens unter Kuratel stehen, wegen eines übeln Lebenswandels sich die öffentliche Verachtung zugezogen haben, sich von Lohnarbeit, die keine handwerksmäßige Fertigkeit erfordert, ernähren und sich wegen anderer, als der bei den absoluten Hindernissen erwähnten Verbrechen in Untersuchung befinden, so lange sie nicht völlig freigesprochen sind ³¹⁾.

Diesjenigen, denen wegen übeln Lebenswandels die Aufnahme in die Bürgerschaft versagt wird, müssen zuvor mit ihren Entschuldigungsgründen gehört werden. Diejenigen Lohnarbeiter, die sich durch Rechtlichkeit, Erwerbsfähigkeit und Fleiß auszeichnen, können in die Bürgerrolle aufgenommen werden. Wenn aus den obenerwähnten beiden Gründen jemand ein schon erworbenes Bürgerrecht entzogen werden soll, so ist die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich ³²⁾.

Wenn jemand wegen anderer, als der bei Gelegenheit der absoluten Unfähigkeit benannten Verbrechen in Untersuchung geräth, so ist er zwar, so lange er nicht freigesprochen, unfähig, es kann ihm aber nach Ermessen der Stadtbehörde das Bürgerrecht erteilt werden ³³⁾.

sich also durch Drohungen oder sonst auf unerlaubte Weise, mithin auch etwa durch wirkliche Gewalt rücksichtlich ihres Stimmrechts haben bestimmen lassen. Natürlich ist der Fall unwiderstehlicher körperlicher Gewalt oder gefährlicher Drohungen gegen den Stimmberechtigten oder seine Angehörigen ausgenommen, indem dadurch die Zurechnung aufgehoben wird (Kriminalgesetzbuch §. 43.), mithin eine Freisprechung erfolgen müßte.

Da übrigens nach unserem Kriminalverfahren eine völlige Freisprechung nicht sehr häufig erfolgt, so ist die obige Bestimmung eine sehr bedenkliche, indem innere Zerrwürfnisse im Lande zu einer sehr schädlichen Anwendung derselben führen können.

³¹⁾ Ebendaßelbst §. 17.

³²⁾ Ebendaßelbst §. 26.

³³⁾ A. St. O. §. 17. Nr. 4. Stellt man diese Bestimmung mit d. r.

Der Eintritt dieser relativen Unfähigkeitsgründe bei schon erworbenem Bürgerrechte hat zur Folge, daß solches während deren Dauer ruhet, welches auch der Fall ist, wenn die Erfordernisse der Erwerbung des Bürgerrechts (Grund-eigenthum im Stadtbezirke oder selbstständige Verhältnisse) verloren gehen ³¹⁾.

Wer fähig ist, Bürger zu werden, hat auch ein Recht dazu, und der Magistrat kann ihn ohne weiteres aufnehmen, sonst ist die Zustimmung der Stadtverordneten dazu erforderlich ³²⁾.

Verloren wird das Bürgerrecht außer dem Falle der eintretenden absoluten Unfähigkeit auch durch Verlust des Wohnortsrechts oder wenn sich ein Bürger ein Jahr lang

des §. 16. der A. St. D. zusammen, so ergibt sich als Resultat, daß jeder, der wegen eines Verbrechens in Untersuchung gerathen und nicht freigesprochen ist, unfähig ist Bürger zu werden. Bei den im §. 16 genannten Gattungen der Verbrechen ist die Unfähigkeit absolut, bei den übrigen insofern relativ, als die Stadtbehörde mit Uebereinstimmung der Stadtverordneten demjenigen, der deshalb in Untersuchung gerathen und nicht freigesprochen ist, das Bürgerrecht ertheilen kann. Diese Bestimmung ist höchst mißlich, da unser Criminalgesetzbuch keinen Unterschied zwischen Verbrechen und Vergehen macht und z. B. Privatinjurien ebenfalls unter die Verbrechen zählt.

Allerdings sind alle Vergehen, ohne Rücksicht auf ihre sonstige Natur, als polizeiliche Vergehen anzusehen, sobald sie keine härtere, als eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen oder eine Geldstrafe von 10 Thlr. nach sich ziehen, sowie auch Vergehen, welche ihrer inneren Natur nach Polizeivergehen sind, selbst wenn höhere, als die ebenbemerkten Strafen darauf stehen, dennoch als Polizeivergehen betrachtet werden und diese Grundsätze müssen um so mehr hier Anwendung finden, als die A. St. D. im Jahre 1834, wo noch das gemeine Kriminalrecht galt, das Criminalgesetzbuch aber erst im Jahre 1840 erlassen worden ist. Immer aber kann die Frage, ob ein Verbrechen oder ein bloßes Vergehen vorliegt, zu Zweifeln Veranlassung geben. Vergl. Motive zum Entwurfe eines Criminalgesetzbuchs für das Herzogthum Braunschweig S. V.

³¹⁾ A. St. D. § 28.

³²⁾ Ebendaselbst §. 18. §. 20.

entfernt hat, ohne wegen seiner Lasten und Pflichten einen Bevollmächtigten oder Stellvertreter zu bestellen ³⁶⁾.

Das Ehrenbürgerrecht, welches keine städtischen Verpflichtungen mit sich führt, kann Personen, die sich um die Stadt ein besonderes Verdienst erworben haben, vom Magistrate auf Antrag oder mit Zustimmung der Stadtverordneten ertheilt werden ³⁷⁾.

IV. Rechte und Pflichten der Stadtgemeinden.

Die Rechte der Stadtgemeinden bestehen darin, daß sie ihr Vermögen sowie die rein städtischen Angelegenheiten durch selbstgewählte städtische Behörden unter Mitwirkung von Vertretern — den Stadtverordneten — selbstständig verwalten. Die letzteren haben das Recht der Mitwirkung bei der Verwaltung aller Gemeindeangelegenheiten, insbesondere bei denen, die das Vermögen, die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinde, so wie die Bewilligung der von derselben zu tragenden Lasten und Leistungen zum Gegenstande haben ³⁸⁾.

Den Regierungsbehörden steht das Oberaufsichtsrecht in dem Maße zu, daß die Verwaltung überhaupt den bestehenden Gesetzen gemäß geschehe, das Gemeinder Vermögen erhalten, das Einkommen davon zu Gemeindezwecken verwandt und bei Vertheilung der Gemeindeabgaben nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren werde. Auch steht ihnen die Entscheidung auf die gegen die Stadtverwaltung erhobenen Beschwerden zu ³⁹⁾.

Zunächst wird zur Bestreitung der städtischen Ausgaben das Einkommen des Gemeindeguts (Kämmereivermögen) verwandt, welches so wenig mit dem Staatsvermögen und den Staatseinkünften vereinigt, als den einzelnen Gemeindegliedern überlassen werden darf ⁴⁰⁾.

³⁶⁾ A. St. D. §. 23.

³⁷⁾ Ebendasselbst §. 28.

³⁸⁾ Ebendasselbst §. 30.

³⁹⁾ Neue Landschaftsordnung §. 46.

⁴⁰⁾ Ebendasselbst §. 45. A. St. D. §. 32.

Reicht dieses nicht aus, so haben die Stadtgemeinden das Recht, sowohl von ihren Mitgliedern, als von den Markgenossen und Fremden auf die gesetzlich bestimmte Art die erforderlichen Leistungen zu verlangen ⁴¹⁾.

Rücksichtlich der Vertreter und Beamten haben die Mitglieder der Stadtgemeinden, welche Bürger sind, das Recht, die Stadtverordneten und durch diese die Mitglieder des Magistrats und die Gemeindebeamten frei zu wählen ⁴²⁾.

Die Pflichten bestehen darin, daß sowohl die Gemeindeglieder als die Markgenossen und Fremden zu den durch das Einkommen vom Kämmerereivermögen nicht zu deckenden städtischen Leistungen einschließlich der Abtragung der städtischen Schulden beizutragen verpflichtet sind ⁴³⁾.

Die dazu erforderlichen Geldmittel werden regelmäßig durch eine nach dem Einkommen aufzubringende Kommunalsteuer und, wo es den Verhältnissen entspricht oder herkömmlich ist, auch durch eine Abgabe von den Grundstücken aufgebracht ⁴⁴⁾.

Zur Kommunal-Einkommensteuer sind alle Gemeindeglieder und auch die Fremden, diese nach einem Aufenthalte von 6 Monaten, verpflichtet ⁴⁵⁾. Nur diejenigen Fremden, welche sich in öffentlichen Dienstverhältnissen in einer Stadt aufhalten, oder eine öffentliche Unterrichtsanstalt besuchen, sowie alle diejenigen, welche in Privatdienstverhältnissen stehen, sind davon befreit ⁴⁶⁾.

Zu der Kommunal Grundsteuer sind auch die Markgenossen verpflichtet ⁴⁷⁾.

Zu allen, durch das Bedürfnis der Gemeinde erforderlichen persönlichen Leistungen, zu denen der Waffendienst und

⁴¹⁾ A. E. D. §. 31.

⁴²⁾ Ebendaselbst §. 48.

⁴³⁾ Ebendaselbst §. 35 u. 36.

⁴⁴⁾ Ebendaselbst §. 37.

⁴⁵⁾ Ebendaselbst §. 37, §. 39.

⁴⁶⁾ Ebendaselbst §. 39.

⁴⁷⁾ Ebendaselbst §. 38.

die Einquartierung, nicht aber kunst- oder handwerksmäßige Arbeiten gehören, sind alle Gemeindemitglieder, Frauenzimmer welche einen selbstständigen Haushalt haben und Abwesende jedoch nur zu denen, wofür Stellvertreter gestellt werden können, Markgenossen nur zu den auf dem Grundeigenthume ruhenden und durch Stellvertreter zu beschaffenden, Fremde aber gar nicht verpflichtet ⁴⁸⁾).

Es finden übrigens Befreiungen von den städtischen Lasten statt und zwar dingliche (Herzogliche Residenzschlösser, Lustschlösser und Gärten, Schlösser und Gärten der Mitglieder des Herzogl. Hauses) und persönliche (Mitglieder des Herzogl. Hauses, fremde Gesandte, Militärpersonen vom Hauptmanne 2. Classe abwärts); jedoch erstreckt sich die persönliche Befreiung weder auf den Grundbesitz, noch auf ein neben dem Dienst Einkommen zustehendes Einkommen, auch nicht auf indirekte städtische Verbrauchssteuern ⁴⁹⁾).

Jeder wählbare Bürger ist außerdem verpflichtet, das Amt eines Stadtverordneten und eines unbefoldeten Magistratsmitgliedes anzunehmen ⁵⁰⁾).

V. Von den Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten werden von der Bürgerschaft und aus der Bürgerschaft durch eine doppelte Wahlhandlung gewählt, indem die Wahlberechtigten überhaupt zuerst Wahlmänner ernennen, von denen dann die Stadtverordneten gewählt werden. Rücksichtlich der Stimmberechtigung, der Zahl und Eigenschaft der Wahlmänner sowie rücksichtlich des Verfahrens bei der Wahl dieser und der Stadtverordneten gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Wahl der Landtagsabgeordneten mit einigen in der A. St. D. bestimmten Modifikationen ⁵¹⁾. Es kommen also dabei die Be-

⁴⁸⁾ A. St. D. §. 40 — 42.

⁴⁹⁾ Ebendasselbst §. 44 — 46.

⁵⁰⁾ Ebendasselbst §. 49.

⁵¹⁾ Ebendasselbst §. 54.

stimmungen des Wahlgesetzes für die Landstände in Betracht ⁵²⁾. Die so modifizirten wesentlichen Bestimmungen sind folgende:

1) Persönliche Eigenschaften und Gründe der Ausschließung.

Um das aktive Wahlrecht behuf der Wahlmänner auszuüben, muß man das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, in den Städten Bürger sein, direkte Steuern zahlen oder Kommunallasten tragen ⁵³⁾, in den Flecken aber rechtmäßiger Inhaber oder Nutznießer einer Reihestelle in denselben sein ⁵⁴⁾.

Ausgeschlossen sind alle diejenigen, welche aus den Seite 16 ff. angegebenen Gründen absolut oder relativ unfähig zur Erwerbung des Bürgerrechts ⁵⁵⁾, außerdem aber auch diejenigen, die auf den Grund der ständischen Geschäftsordnung auf immer von den Ständerversammlung ausgeschlossen sind ⁵⁶⁾, welches geschehen kann, wenn ein Landtagsabgeordneter bei der ständischen Versammlung die dem Landesherrn oder dessen fürstlichen Hause schuldige Ehrerbietung verlegt, Anträge auf den Umsturz der Verfassung macht, die Grenzen der freien Aeußerung auf eine die Ruhe des Landes oder Deutschlands gefährdende Weise überschreitet, insbesondere die Würde des Deutschen Bundes und der Bundesversammlung angreift, die allgemeine Ordnung in der Versammlung stört oder den Anstand verlegt oder ein Mitglied der Versammlung durch Injurien gröblich verlegt und sich durch die Weisung des Präsidenten nicht zurückhalten läßt ⁵⁷⁾. Ferner sind ausgeschlossen Frauenzimmer und solche, gegen die die erecutive Vertheilung öffentlicher oder Kommunalab-

⁵²⁾ Wahlgesetz für das Herzogthum Braunschweig v. 12. October 1832.

⁵³⁾ Wahlgesetz §. 14 und §. 1.

⁵⁴⁾ Ebendaselbst §. 17.

⁵⁵⁾ Ebendaselbst §. 2 Nr. 1 u. 2.

⁵⁶⁾ Ebendaselbst §. 2 Nr. 2 a. G.

⁵⁷⁾ Geschäftsordnung für die Landschaft des Herzogthums Braunschweig vom 12 Octbr. 1832 § 65.

gaben verfügt ist ⁵⁸⁾. Weiber und Minderjährige, welche stimmberechtigtes Grundeigenthum haben, können ihr Stimmrecht durch Stellvertreter ausüben lassen ⁵⁹⁾. Endlich sind ausgeschlossen die Stimmberechtigung von dem im Besitze der Landesregierung befindlichen Grundeigenthume ⁶⁰⁾ und die Mitglieder des Magistrats während der Dauer ihres Amtes ⁶¹⁾.

Behuf der passiven Wählbarkeit zum Wahlmanne ist erforderlich, daß man das eben beschriebene Stimmrecht behuf deren Wahl besitzt und zu den Höchstbesteuerten seiner Stadt und seines Fleckens gehört und zwar in den Städten nach den zusammenzurechnenden Rollen sämmtlicher direkten und Kommunalsteuern, in den Flecken nach dem Kontributionskataster ⁶²⁾. Die Anzahl der Höchstbesteuerten soll in jeder Stadt so viel betragen, als die Zahl 5 in die Zahl der Wohnhäuser aufgeht, in jedem Flecken den dritten Theil der Stimmberechtigten, wozu indeß, wenn mehrere den geringsten dieser höchsten Steuersätze zahlen, diese alle hinzuzurechnen sind ⁶³⁾.

Aus diesen Personen werden für die Städte so viel Wahlmänner erwählt, als die Zahl 30 in die Zahl der Wohnhäuser aufgeht ⁶⁴⁾, in den Flecken für 15 Häuser ein Wahlmann ⁶⁵⁾.

⁵⁸⁾ Wahlgesetz §. 2. Nr. 3 u. 5.

⁵⁹⁾ Ebendaselbst §. 3.

⁶⁰⁾ Ebendaselbst §. 6.

⁶¹⁾ A. St. O. §. 54 Nr. 4.

⁶²⁾ Wahlgesetz §. 16. §. 19.

⁶³⁾ Wahlgesetz §. 16. §. 19. Wenn daher eine Stadt 1500 Wohnhäuser hätte, so wäre die Zahl der Höchstbesteuerten 300. Wenn nun z. B. 100 Bürger den höchsten Satz mit 50 Thlr., 150 den darauf folgenden mit 40 Thlr. und noch 100 den darauf folgenden mit 25 Thlr. bezahlten, so würden in diesem Falle nicht 300, sondern 350 Bürger wählbar zu Wahlmännern sein.

⁶⁴⁾ Wahlgesetz §. 15. Im vorhin als Beispiel gewählten Falle 50 Wahlmänner.

⁶⁵⁾ A. St. O. §. 54 Nr. 2.

2) Zahl der Abgeordneten.

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt wenigstens 6 und höchstens 24 ⁶⁶⁾. Zwei Drittel derselben müssen aus der Liste derjenigen Personen, welche als städtische Landtagsabgeordnete wählbar sind, gewählt werden, die übrigen können unter allen Stadtbürgern, welche das 30. Jahr überschritten und einen unbescholtenen Ruf haben, gewählt werden ⁶⁷⁾. Als städtischer Landtagsabgeordneter, aus deren Klasse $\frac{2}{3}$ der Stadtverordneten gewählt werden müssen, ist wählbar, wer die allgemeinen Bedingungen der Wählbarkeit besitzt, also das 30. Lebensjahr zurückgelegt, seit 5 Jahren seinen Wohnsitz im Herzogthume gehabt hat, einen guten Ruf besitzt, auf keine Weise unter Kuratel steht und keine Rückstände an öffentlichen oder Kommunalsteuern hat, weshalb die Exekution verfügt ist ⁶⁸⁾, außerdem aber entweder Handel oder Gewerbe oder Ackerbau treibt, Grundeigenthum im Bezirke der Stadt besitzt und besitzt seinen wirklichen Wohnsitz hat, auch nach den zusammenzurechnenden Ansätzen der Rollen sämtlicher direkten und Kommunalsteuern zu den Höchstbesteuerten seiner Stadt gehört. Die Anzahl der Höchstbesteuerten soll soviel betragen, als die Zahl 10 in die Zahl der vorhandenen Häuser aufgeht. Sofern sich unter diesen Höchstbesteuerten nicht mindestens die 6 höchstbesteuerten Handel- und Gewerbetreibende der Stadt befinden, sind sie jedenfalls unter die Zahl der Wahlmänner aufzunehmen ⁶⁹⁾.

Für jeden Stadtverordneten wird ein Stellvertreter mit gleichen Eigenschaften gewählt ⁷⁰⁾.

3) Verfahren bei den Wahlen.

Behuf der Wahlen werden die Städte von 600 Häu-

⁶⁶⁾ A. St. D. S. 55.

⁶⁷⁾ Ebendasselbst S. 56.

⁶⁸⁾ Neue Landschaftsordnung S. 71. Wegen der Ausgeschlossenen und sonstigen Bestimmungen siehe S. 72 — 74.

⁶⁹⁾ Neue Landschaftsordnung S. 77.

⁷⁰⁾ A. St. D. S. 54.

fern und darüber in 2 oder mehrere durch das Statut zu bestimmende Bezirke getheilt, welche abwechselnd die verhältnißmäßige Anzahl von Wahlmännern behuf der Wahl der austretenden Hälfte den Stadtverordneten wählen ⁷¹⁾).

Jeder Stimmberechtigte ist bei 1 Thlr., jeder Wahlmann bei 3 Thlr. Strafe sein Stimmrecht auszuüben schuldig, nur ärztlich bescheinigte Krankheit oder nachgewiesene unaufschiebbliche Abwesenheit entschuldigt von der Ausübung des Stimmrechts und der Annahme des Amtes eines Wahlmannes. Letztere muß binnen 3 Tagen nach Bekanntwerdung der Wahl bei der dieselbe leitenden Behörde geschehen, welche über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit derselben entscheidet ⁷²⁾. Die Wählenden müssen lediglich ihrer freien gewissenhaften Ueberzeugung folgen und ein darauf bezügliches Angelöbniß leisten ⁷³⁾. Einmischung von Behörden, namentlich der die Wahl leitenden, ist verboten und als Verletzung des Landesgrundgesetzes strafbar ⁷⁴⁾. Jeder Stimmberechtigte muß in Person erscheinen, nur für Weiber und Minderjährige sind ausnahmsweise Stellvertreter zulässig ⁷⁵⁾.

Zur Wahl der Wahlmänner müssen mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten — welche bei der gesetzlichen Strafe vorzuladen — anwesend sein. Ist diese Zahl nicht vorhanden, so wird auf Kosten der ohne genügende Entschuldigung ausgebliebenen ein neuer Wahltag angesetzt ⁷⁶⁾.

Die Wahlmänner werden nach relativer Stimmenmehrheit gewählt ⁷⁷⁾. Die Abstimmung Unbefugter und Fehler bei der Ladung machen die Wahlen nicht unbedingt ungiltig ⁷⁸⁾.

⁷¹⁾ A. St. D. §. 51 Nr. 1.

⁷²⁾ Wahlgesetz §. 23. §. 28.

⁷³⁾ Ebendaselbst §. 24 u. 25.

⁷⁴⁾ Ebendaselbst §. 26.

⁷⁵⁾ Ebendaselbst §. 27.

⁷⁶⁾ Ebendaselbst §. 28.

⁷⁷⁾ Ebendaselbst §. 29.

⁷⁸⁾ Ebendaselbst §. 31 u. 32, woselbst das Nähere.

Behuf der Wahlhandlung wird für jede Stadt oder für jeden Wahlkreis in derselben ein Wahlvorsteher aus der Mitte des Magistrats gewählt ⁷⁹⁾.

Die Wahlmänner können auch da, wo eine Stadt in mehrere Kreise getheilt ist, unter allen Wählbaren der ganzen Stadt gewählt werden ⁸⁰⁾, und zu diesem Behufe werden, sobald ein Wahlausschreiben ergangen ist, für jede Stadt oder jeden Flecken zwei Listen, wovon die eine alle Stimmberechtigten, die andere alle als Wahlmänner Wählbare enthält, vom Magistrate angefertigt und durch Anschlag oder Auslegung bekannt gemacht ⁸¹⁾. Reklamationen dagegen werden binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung dem Magistrate vorgebracht, spätere nur behuf künftiger Wahlen berücksichtigt. Die Verfügungen darauf sind möglichst schnell abzugeben, die Listen nach den begründet gefundenen Reklamationen abzuändern und die Berichtigungen ebenso wie die Listen selbst bekannt zu machen ⁸²⁾.

Die Ernennung der Wahlmänner wird vom Magistrate geleitet, der das Wahlgeschäft leitende Beamte bei demselben von zwei Gehilfen aus den Stadtdeputirten unterstützt, und über das Geschäft von dem Magistratssekretair oder einem Notar u. ein Protokoll aufgenommen ⁸³⁾.

Die Stadtbehörde bestimmt den Ort der Versammlung der Stimmberechtigten und zugleich den 14 Tage nach der Bekanntmachung der Listen anzusetzenden Wahltag, wozu die Berechtigten spätestens 3 Tage vorher eine schriftliche Ladung erhalten ⁸⁴⁾.

Der Wahlvorsteher ruft die durch die Ladungen zu legitimirenden Anwesenden nach der Wählerliste auf, und wenn

⁷⁹⁾ Wahlgesetz §. 35.

⁸⁰⁾ Ebenda selbst §. 35 a. G.

⁸¹⁾ Ebenda selbst §. 36 u. 37.

⁸²⁾ Ebenda selbst §. 38. 40.

⁸³⁾ Ebenda selbst §. 41 — 43.

⁸⁴⁾ Ebenda selbst §. 44.

zwei Drittel der in dieser Verzeichneten anwesend sind, denselben der Zweck der Versammlung und der Inhalt der Liste der Wählbaren bekannt gemacht ist, und sie das vorgeschriebene Angelöbniß geleistet haben, wird zur Abstimmung geschritten ⁸⁵⁾. Diese geschieht durch verschlossene Zettel, jedoch kann auch die Stimme mündlich zu Protokoll gegeben werden. Die Wahlzettel müssen Namen, Stand und Wohnort des Gewählten enthalten, werden von dem Wahlvorsteher in einer Urne gesammelt, mit laufenden Nummern versehen, dann geöffnet, laut abgelesen und bei jedem der Gewählten die auf ihn gefallen Stimmen durch die laufenden Nummern der Wahlzettel bezeichnet, und dies wird von den Gehülfen des Wahlvorstehers kontrollirt. Die Wahlzettel werden sodann vernichtet, und es steht außer den genannten Personen und dem Protokollführer niemand deren Einsicht zu ⁸⁶⁾.

Ist in einem Wahlzettel der Vorgeschlagene nicht hinlänglich bezeichnet oder ein offenbar nicht wählbarer vorgeschlagen und der Inhalt nicht bei der Vorlesung erläutert oder berichtigt, so wird der Wahlzettel nicht als Vorschlag beachtet und die Stimme des Ausstellers der Mehrheit zu gezählt ⁸⁷⁾.

Der Gewählte wird der Versammlung bekannt gemacht und erhält von dem Wahlvorsteher eine Urkunde zu seiner Legitimation ⁸⁸⁾.

Die Wahlakten über die Wahlmänner prüft der Magistrat und kann die nicht gesetzlich vorgenommenen Wahlen für ungiltig erklären ⁸⁹⁾.

Sobald die solchergestalt ernannten Wahlmänner die Stadtverordneten und deren Stellvertreter ernannt haben,

⁸⁵⁾ Wahlgesetz §. 45.

⁸⁶⁾ Ebendasselbst §. 46.

⁸⁷⁾ Ebendasselbst §. 47.

⁸⁸⁾ Ebendasselbst §. 49.

⁸⁹⁾ A. St. D. §. 54 Nr. 5.

erlischt ihre Wahlberechtigung, mit Ausnahme der Fälle, wo eine gültige Wahl keine Folge hat, indem alsdann dieselben Wahlmänner eine neue Wahl vornehmen ⁹⁰⁾.

Zu der Wahl der Stadtverordneten werden Wahlkollegien aus den ernannten Wahlmännern der beiden Wahlkreise gebildet ⁹¹⁾ und vor der von ihnen vorzunehmenden Wahl zwei Listen angefertigt, wovon die eine alle Wahlmänner, die andere alle als Stadtverordnete Wählbare enthält ⁹²⁾. Diese Listen werden vom Magistrat aufgestellt, und rücksichtlich der Reklamationen gegen dieselben gelten dieselben Vorschriften wie bei denen der Stimmberechtigten und Wahlmänner ⁹³⁾.

Den Vorsteher des Wahlkollegiums ernennt der Magistrat aus seiner Mitte ⁹⁴⁾ und theilt demselben zeitig die ebenbezeichneten Listen nebst den etwaigen Berichtigungen mit.

Das Wahlverfahren ist im Wesentlichen dasselbe, wie bei dem der Wahlmänner ⁹⁵⁾ und weicht nur darin etwas davon ab, daß der Vorsteher die beiden Gehilfen aus den Mitgliedern des Wahlkollegiums selbst wählt, die Wahlmänner durch die öffentlichen Blätter und eine schriftliche Ladung vorgeladen werden, daß zu einer gültigen Wahl wenigstens zwei Drittel der Wahlmänner zugegen sein müssen und der Gewählte, dem eine Urkunde zu seiner Legitimation zuzustellen ist, zugleich durch die Braunschweigschen Anzeigen bekannt gemacht, endlich auch nach geschehener Wahl eines jeden Stadtverordneten zugleich ein Stellvertreter für ihn gewählt wird.

Wenn Vater und Sohn zugleich als Stadtverordnete gewählt werden, wenn jemand von mehreren Wahlkollegien

⁹⁰⁾ Wahlgesetz §. 51. Welche Fälle hieher gehören, kommt bei der Wahl der Stadtverordneten selbst vor.

⁹¹⁾ W. G. §. 52.

⁹²⁾ Ueber deren Qualifikation siehe oben und A. St. D. §. 56.

⁹³⁾ W. G. §. 55.

⁹⁴⁾ A. St. D. §. 54. Nro. 3.

⁹⁵⁾ W. G. §. 57 — 64.

zum Abgeordneten ernannt ist, der Gewählte aus genügend anerkannten Gründen die Wahl ablehnt oder zur Strafe ausgeschlossen wird, so muß eine neue Wahl von den vorigen Wahlmännern vorgenommen werden, nachdem im ersten Falle Vater und Sohn sich erklärt haben, welcher von ihnen zurücktreten und im zweiten der Gewählte erklärt hat, welche Wahl er annehmen will, oder, beim Ausbleiben dieser Erklärung, darüber entschieden ist ⁹⁶⁾.

Die Wahlakten werden an den Magistrat, und von diesem an die Kreisdirektion eingesandt. Glaubt diese, daß nicht den Gesetzen gemäß verfahren sei, so berichtet sie an die Landesregierung, welche über die Rechtsbeständigkeit der Wahl entscheidet ⁹⁷⁾.

Die Stadtverordneten werden auf 6 Jahr gewählt, alle 3 Jahr tritt die Hälfte derselben aus und wird durch neue Wahlen ersetzt, wobei die austretenden wieder wählbar sind. Sind in der Zwischenzeit Stadtverordnete ausgeschieden, so werden neue ergänzende Wahlen nur alsdann vorgenommen, wenn die zu einer Beschlußnahme gesetzlich erforderliche Zahl nicht mehr vorhanden ist ⁹⁸⁾.

Der Landesfürst kann die Stadtverordnetenversammlung auflösen, wird aber sodann zugleich die Wahl neuer Stadtverordneten anordnen ⁹⁹⁾.

4) Rechte und Pflichten der Stadtverordneten.

Die Pflichten der Stadtverordneten fallen insofern mit ihren Rechten zusammen, als sie verbunden sind, diese Rechte auszuüben.

Ihre Rechte bestehen im Allgemeinen darin, daß sie befugt sind, die Stadtgemeinde der St. D. gemäß zu vertreten; ihre ordnungsmäßigen Beschlüsse, welche in er-

⁹⁶⁾ Wahlgesetz §. 51.

⁹⁷⁾ X. St. D. §. 54. Nro. 5.

⁹⁸⁾ Ebendaselbst §. 57.

⁹⁹⁾ Ebendaselbst §. 58.

bentlicher Versammlung nach Ueberzeugung und Gewissen, keineswegs nach Instruktionen oder Aufträgen Anderer zu fassen sind, verpflichtet daher die Gemeinde. In ihren amtlichen Rechten und Pflichten sind sie einander gleich und keiner ist als besonderer Vertreter seiner Standes- oder Gewerbsgenossen zu betrachten; auch verwalten sie ihr Amt, baare Auslagen ausgenommen, unentgeltlich ¹⁰⁰⁾.

Ihre besonderen Rechte sind folgende ¹⁰¹⁾:

- 1) Das Recht der Bewilligung. Diese ist erforderlich
 - A. zu dem jährlich im Oktober jeden Jahres für das nächste Jahr aufzustellenden, ihnen zur Beurtheilung und Genehmigung vorzulegenden Stadthaushalts-
etat ¹⁰²⁾.
 - B. Zu Anleihen auf den Kredit der Stadt.
 - C. Zur Veranlagung der von den Pflichtigen aufzubringenden Steuern und Geldbeiträge. Sie haben deshalb die behuf der Kommunalsteuer erforderlichen Klassen der Steuerpflichtigen festzustellen und diese danach zu klassifizieren.
 - D. Zu Veräußerungen, Vertauschungen, Verpfändungen städtischer Grundstücke oder Gerechtsame und zu Veränderungen mit deren Substanz, zur Belegung oder Kündigung städtischen Kapitalvermögens.
 - E. Zur Abschließung der nicht schon im Haushaltsetat bewilligten, sich über 25 Thaler belaufenden Pacht- und Verdingungsverträge.
 - F. Zur Anordnung von Neubauten und Reparaturen oder neuer Einrichtungen und Verbesserungen an städtischen Grundstücken, wenn die dadurch veranlassten Kosten 25 bis 100 Thaler betragen, worüber das Statut Bestimmungen enthalten soll ¹⁰³⁾.

¹⁰⁰⁾ Allgemeine St. O. S. 59, S. 60.

¹⁰¹⁾ Ebendaselbst. S. 61.

¹⁰²⁾ Ebendaselbst. S. 62.

¹⁰³⁾ Offenbar soll dies heißen, daß es bei solchen Anordnungen unter

- G. Zur Erwerbung von Grundstücken und Gerechtsamen.
- H. Zu Gemeinheitstheilungen oder Ablösungen, wobei die Stadtkämmerei Interessentinn ist.
- I. Zur Führung von Prozessen und Abschließung von Vergleichen über Güter und Gerechtsame der Stadt.

2) Das Recht der Zustimmung ¹⁰⁴⁾. Diese ist erforderlich

- A. Wenn ein die städtische Verfassung oder Verwaltung betreffendes Statut erlassen, aufgehoben, erläutert oder abgeändert werden soll.
- B. In den Fällen, wo nach der Bestimmung der St. D. der Magistrat nicht ohne deren Zustimmung verfügen kann, also wenn jemand, der aus den §. 17 und 19 angeführten Gründen kein Recht dazu hat, auf Ertheilung des Bürgerrechts anträgt ¹⁰⁵⁾; wenn jemand, weil er sich von Lohnarbeit nährt oder wegen seines Lebenswandels das Bürgerrecht entzogen ¹⁰⁶⁾; wenn jemand das Ehrenbürgerrecht ertheilt ¹⁰⁷⁾; wenn ein städtischer Beamter verabschiedet werden; wenn ein städtischer Beamter statt des Normalruhegehalts die Gnadenpension erhalten oder statt des in einigen Fällen der Amtsentlassung durch richterliches Erkenntniß ihm nur gebührenden $\frac{1}{3}$ des Normalgehalts den Normalruhegehalt erhalten soll ¹⁰⁸⁾.

Wenn in den unter 1 und 2 bezeichneten Fällen

25 Thalern der Bewilligung der Stadtverordneten überhaupt nicht bedürfen soll. Nach den Umständen kann diese Summe auch bis zu 100 Thaler durch das Statut erhöht werden. Ueber 100 Thaler ist also die Bewilligung immer erforderlich.

¹⁰⁴⁾ K. St. D. §. 64.

¹⁰⁵⁾ Ebendasselbst §. 20.

¹⁰⁶⁾ Ebendasselbst §. 26.

¹⁰⁷⁾ Ebendasselbst §. 27.

¹⁰⁸⁾ Ebendasselbst §. 97. Nro. 1 und 2.

die Stadtverordneten die Anträge des Magistrats ablehnen, kann dieser sie nicht in Ausführung bringen. Hält er aber dafür, daß dies dem Gemeinwohle der Stadt schädlich sei, so macht er bei der Kreisdirection Anzeige davon, welche, nachdem jeder Theil, wenn er will, eine schriftliche Darstellung eingereicht hat, eine Ausgleichung versucht. Gelingt diese nicht, so entscheidet die Landesregierung definitiv¹⁰⁹⁾.

3) Das Recht der Beaufsichtigung des Haushaltes. Sie prüfen und moniren die Rechnungen, untersuchen, ob und in wie weit die Einnahmen den Beschlüssen und dem Zwecke gemäß verwandt sind und sehen die städtischen Arbeiten nach¹¹⁰⁾.

4) Das Recht der Beschwerde gegen den Magistrat oder einzelne Mitglieder desselben wegen Dienstver-nachlässigung oder Pflichtverletzung bei der demselben vorgesetzten Behörde, in geeigneten Fällen auch die Einleitung eines rechtlichen Verfahrens¹¹¹⁾.

Die wegen der unter 3 und 4 bezeichneten Rechte gefaßten Beschlüsse kann der Magistrat nicht hemmen, sie sind ihm jedoch mitzutheilen, und er kann eine nochmalige Erwägung durch die Stadtverordneten verlangen.

Bleiben diese bei ihrem Beschlusse, so muß der Magistrat, wenn er glaubt, daß dieser den Gesetzen widerspreche, der Kreisdirection Anzeige machen, auf deren gutachtlichen Bericht die Landesregierung über dessen Gesegnmäßigkeit entscheidet. Außer diesem Falle steht es dem Magistrate frei, den Versuch einer Ausgleichung durch die Kreisdirection bewirken. Bleibt diese ohne Erfolg, so behält es bei dem Beschlusse sein Verwenden¹¹²⁾.

5) Das Recht der Begutachtung.

A. Wenn polizeiliche Reglements errichtet, aufgehoben, erläutert oder abgeändert werden sollen.

¹⁰⁹⁾ A. St. D. §. 73.

¹¹⁰⁾ Ebenbaselbst §. 63.

¹¹¹⁾ Ebenbaselbst §. 67.

¹¹²⁾ Ebenbaselbst §. 74.

B. Wenn vom Magistrate, zur Erfüllung der dem Staate, Korporationen und Instituten oder Privatpersonen schulbigen Pflichten, Angelegenheiten zu fördern oder Verfügungen zu treffen sind, wobei städtische Einrichtungen geändert oder Leistungen der Stadt erforderlich gemacht werden.

Außerdem kann der Magistrat in den seiner Entscheidung überlassenen städtischen Angelegenheiten, wenn er es gerathen findet, das Gutachten der Stadtverordneten einholen ¹¹³⁾.

6) Das Recht des Antrages rücksichtlich der Einführung neuer und der Aufhebung und Abänderung bestehender, die Verfassung, Verwaltung oder polizeilichen Reglements der Stadt betreffender Einrichtungen. Ist der Magistrat damit einverstanden, so können, wenn kein Gesetz entgegensteht und keine höhere Genehmigung erforderlich ist, die desfallsigen Beschlüsse vom Magistrate in Ausführung gebracht werden ¹¹⁴⁾.

In den unter 5 und 6 enthaltenen Fällen muß der Magistrat, wenn er auf die Ansichten der Stadtverordneten nicht eingeht, dieselben mit Gründen beschreiben. Auf Antrag der Stadtverordneten versucht die Kreisdirection eine Vereinbarung; wird diese nicht erreicht, so entscheidet auf deren Bericht die Landesregierung ¹¹⁵⁾.

Der Stadtverordnetenversammlung steht keine ausführende Gewalt zu, sie darf keine Bittschriften annehmen, mit keiner Behörde, als mit dem Magistrate und, in den besonders bestimmten Fällen, mit der Kreisdirection in Geschäftsverbindung treten, auch keine Bekanntmachungen erlassen ¹¹⁶⁾.

5) Geschäftsordnung der Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten müssen behuf eines gültigen Be-

¹¹³⁾ A. St. O. §. 65.

¹¹⁴⁾ Ebendaselbst §. 66.

¹¹⁵⁾ Ebendaselbst §. 75.

¹¹⁶⁾ Ebendaselbst §. 68.

schlusses sämmtlich eingeladen, mindestens zwei Drittel derselben anwesend und der Beschluß durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt sein; bei Stimmengleichheit giebt die des Vorsitzenden den Ausschlag ¹¹⁷⁾. Jeder Anwesende muß mitstimmen, und nur wenn er wegen seines Privatinteresses bei dem Beschlusse betheilig ist, darf dies nicht geschehen. Wer ohne erhebliche Entschuldigungsgründe ausbleibt, verfällt in eine statutarisch zu bestimmende Geldstrafe ¹¹⁸⁾.

Die Stadtverordneten wählen nach jeder allgemeinen neuen Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsteher und einen Protokollführer nebst Stellvertretern für dieselben durch absolute Stimmenmehrheit ¹¹⁹⁾.

Der Vorsteher ladet dieselben zu den Versammlungen ein, leitet die Berathungen u. s. w. Er darf, den Fall einer Beschwerde gegen den Magistrat oder selbstständige Anträge (§. 66 und 67) ausgenommen, nur auf Veranlassung des Magistrats eine Versammlung bewirken, muß aber in den genannten beiden Fällen dem Magistrate von den Versammlungen und deren Gegenständen Anzeige machen und ist dafür verantwortlich, daß die Berathungen sich auf die gesetzlich zugelassenen Gegenstände beschränken.

Sind Magistrat und Stadtverordnete einverstanden, daß der Vorsteher ohne Nachtheil für die Geschäfte sein Amt nicht länger versehen kann — worüber, wenn dieselben nicht übereinstimmen, die Regierung entscheidet — so muß derselbe seine Stelle niederlegen ¹²⁰⁾.

Der Protokollführer hat über die vorgekommenen Berathungen ein Protokoll zu führen, die gefaßten Beschlüsse

¹¹⁷⁾ Es erscheint zweifelhaft, ob die Ansicht derjenigen Hälfte, womit der Vorsitzende gestimmt hat, zum gültigen Beschlusse wird, oder ob der Vorsitzende eine zweite entscheidende Stimme abgiebt.

¹¹⁸⁾ A. St. D. §. 69.

¹¹⁹⁾ Ebendaselbst §. 70.

¹²⁰⁾ Ebendaselbst §. 71.

zu expediren und bei der Abstimmung die Stimmen zu zählen und zu verzeichnen ¹²¹⁾.

Die Protokolle müssen von sämtlichen Anwesenden unterschrieben und den für die Stadtgemeinden verbindlichen, vom Stadtmagistrate auszustellenden Urkunden beigelegt werden, wenn deren genehmigender Beschluß dazu erforderlich ist. Ist im Falle der Nichtübereinstimmung von der Landesregierung entschieden, so muß deren Entscheidung in beglaubter Form beigelegt werden ¹²²⁾.

Weitere Vorschriften über den Gang der Beratungen sind nicht vorhanden ¹²³⁾.

V. Von den städtischen Beamten ¹²⁴⁾.

Die städtische Behörde besteht aus dem Magistrate und den erforderlichen Hilfsbeamten und Unterbedienten.

Der Magistrat ist eine aus mindestens drei stimmführenden Mitgliedern bestehende kollegialische Behörde, deren Vorsitzender (Stadtdirektor oder Bürgermeister) besoldet sein

¹²¹⁾ A. St. D. S. 72.

¹²²⁾ Ebendasselbst S. 72, 76 und 77.

¹²³⁾ Diese wären ohne Zweifel wünschenswerth, da namentlich die Befugnisse des Vorsitzenden in zu großer Allgemeinheit angegeben sind. Die Erfahrung hat gelehrt, daß dies zu Streitigkeiten und Zweifeln führen kann.

Ueber die Oeffentlichkeit der Sitzungen und Veröffentlichung der Verhandlungen ist nichts gesagt. Im §. 68 der A. St. D. heißt es: die Stadtverordneten dürfen keine Bekanntmachungen erlassen; ob dies auch auf die Veröffentlichung der Protokolle zu beziehen, ist zweifelhaft. Bis jetzt ist keine Art von Oeffentlichkeit vorhanden und deshalb die Theilnahme des Publikums an dem ganzen Institute eine sehr geringe.

¹²⁴⁾ Die städtischen Behörden sind zugleich in vielen Beziehungen Organe der Staatsgewalt, in dieser Hinsicht in gleicher Stellung mit den Civil-Staatsbedienten und in vielen Beziehungen den Vorschriften des Gesetzes über den Civilstaatsdienst unterworfen. Diese aber in allen diesen Fällen ausführlich einzuschalten, war nicht thunlich, wenn nicht der Umfang dieser Broschüre über die Maassen vermehrt werden sollte. Dieselben werden daher nur angedeutet werden.

muß. Bei den übrigen ist dies nicht nothwendig, das Statut bestimmt darüber, ob sie zu besolden, und ob mehr als drei Mitglieder anzustellen sind und wie viele ¹²⁵⁾.

Jeder Landeseinwohner, der fähig ist, Bürger zu werden, ist wählbar zum stimmführenden Mitgliede des Magistrats. Sonstige etwaige Eigenschaften sind durch das Statut zu bestimmen. Ausgeschlossen sind diejenigen, die mit den Magistratsmitgliedern in den 3 ersten Graden verwandt oder verschwägert sind, indeß können die Stadtverordneten für den einzelnen Fall dispensiren.

Die Mitglieder des Magistrats werden von den stimmführenden Mitgliedern desselben und den Stadtverordneten gewählt ¹²⁶⁾. Ist eine Stelle erledigt, so tritt der Vorsigende im Magistrate (wenn dieser selbst zu wählen ist oder eine Verhinderung eintritt, das auf ihn folgende Mitglied) mit 2 bis 4 binnen 14 Tagen nach der Erledigung von den Stadtverordneten zu wählenden Mitgliedern derselben (das Statut bestimmt die Zahl) zusammen, um drei ihnen geeignet scheinende Personen auszumitteln ¹²⁷⁾. Diese werden dem Magistrate angezeigt, und wenn dieser nichts dagegen zu erinnern findet, so wählen die Stadtverordneten eine davon nach absoluter Stimmenmehrheit ¹²⁸⁾.

Macht der Magistrat Einwendungen, welche die die Vorbereitung zur Wahl besorgenden Personen nicht berücksichtigen zu dürfen glauben, so entscheiden die Stadtverordneten durch absolute Stimmenmehrheit über die Zulässigkeit ¹²⁹⁾.

Die Wahlhandlung geschieht durch verschlossene Wahlzettel. Ergiebt sich nicht sogleich eine absolute Stimmenmehrheit, so wird die Wahl wiederholt und, wenn auch diese nicht zum Resultate führt, nochmals. Ergiebt auch diese

¹²⁵⁾ K. St. O. §. 78 und 79.

¹²⁶⁾ Ebendasselbst §. 80.

¹²⁷⁾ Ebendasselbst §. 83.

¹²⁸⁾ Ebendasselbst §. 84.

¹²⁹⁾ Ebendasselbst §. 85.

keine absolute Stimmenmehrheit, so werden die beiden, welche die meisten Stimmen erhalten haben ¹³⁰⁾, oder wenn die Stimmen für alle 3 Präsentirte gleich sind, alle drei der Landesregierung zur Auswahl präsentirt. Haben 2 Präsentirte gleiche Stimmen, der dritte aber hat die Stimmenmehrheit, so wird dieser als erwählt angesehen ¹³¹⁾. Der Gewählte bedarf der Landesfürstlichen Bestätigung; erhält er diese nicht, so kann er bei der gegenwärtigen Wahl nicht wieder präsentirt werden ¹³²⁾.

Dienstverhältnisse der Magistratsmitglieder.

Die Magistratsmitglieder müssen vor ihrem Amtsantritte das Bürgerrecht gewinnen und den vorgeschriebenen Amtseid leisten; die besoldeten werden auf Lebenszeit, die unbesoldeten auf drei Jahr ernannt, sind aber wieder wählbar, doch kann das Statut Abweichungen festsetzen. Andere öffentliche Funktionen können die Magistratsmitglieder nicht anders ausüben, als wenn solches von der Landesregierung auf den Bericht des Magistrats und nach gehörtem Gutachten der Stadtverordneten gestattet wird ¹³³⁾.

Rücksichtlich des durch das Statut festzusetzenden Normalgehalts gelten die rücksichtlich der Civilstaatsdiener gegebenen Bestimmungen. Alles, was nur als Entschädigung für gewisse mit dem Amte verbundene Geschäfte oder dadurch veranlaßte Ausgaben zu betrachten ist, gehört nicht zum Normalgehalte. Der Gehalt wird monatlich ausgezahlt und ist mit dem Ablaufe des ersten Monatstags fällig. Nur $\frac{1}{3}$ des

¹³⁰⁾ Natürlich werden nun die in allen 3 Wahlakten abgegebenen Stimmen zusammengerechnet.

¹³¹⁾ Zum Beispiel: Es wären 12 wählende Stadtdeputirte. Diese hätten dreimal gewählt, so sind 36 Stimmende, die absolute Mehrheit ist also 19. Hätte nun A 11 Stimmen, B 11 Stimmen, C 14 Stimmen, so wäre C gewählt. A. St. D. §. 86.

¹³²⁾ A. St. D. §. 87.

¹³³⁾ Ebendaselbst §. 88, 89, 91.

selben kann gerichtlich mit Arrest belegt werden ¹³⁴⁾. Hinsichtlich der allgemeinen Pflichten, der Verantwortlichkeit und der Amtsverschwiegenheit finden auf dieselben die für die Civilstaatsdiener bestehenden Vorschriften Anwendung ¹³⁵⁾. Nach dem Gesetze über den Civilstaatsdienst thun Beamte oder Behörden, wenn sie Verfügungen der oberen Behörden befolgen, die entweder nicht in deren Zuständigkeit liegen oder nicht in der vorschriftsmäßigen Form erlassen sind, solches auf ihre eigene Verantwortlichkeit, haben deshalb bei der vorgesetzten Behörde anzufragen oder Vorstellungen zu machen und nöthigenfalls die Entscheidung der Landesregierung zu erwirken ¹³⁶⁾. Wird nun durch solche Verfügungen die von den städtischen Behörden zu vertretende Selbstständigkeit der Verwaltung und Verwendung des Gemeindevermögens verletzt, so haben die Magistratsmitglieder solche zwar einstweilen zu vollziehen, jedoch die verfassungsmäßigen Mittel zur Abhilfe anzuwenden ¹³⁷⁾, welche, wenn der Weg des Recurses bis zur höchsten Landesbehörde eine Abhilfe nicht herbeiführt, in einer Petition an die Landstände oder einer Entschädigungsklage gegen den Staat besteht.

Urlaub bis zu 14 Tagen kann den Magistratsmitgliedern der Vorstände, diesem aber der betreffende Kreisdirektor ertheilen ¹³⁸⁾, den Vorständen aber, welche Mitglieder der Landesdirektion sind ¹³⁹⁾, das Staatsministerium. Wegen der längeren Beurlaubungen und ihrer Folgen gelten die Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes ¹⁴⁰⁾.

¹³⁴⁾ Gesetz über den Civilstaatsdienst vom 12. Oktober 1832. §. 13—15.

¹³⁵⁾ A. St. O. §. 92. Neue Landschaftsordnung §. 21, 24, 26.

¹³⁶⁾ Civilstaatsdienstgesetz §. 23.

¹³⁷⁾ A. St. O. §. 92.

¹³⁸⁾ Neue Landschaftsordnung §. 114, 197.

¹³⁹⁾ Den Vorständen der Magistrate zu Braunschweig und Wolfenbüttel. Gesetz, die Kreisdirektionen und die Landesdirektion betreffend, vom 12. Oktober 1832. §. 23.

¹⁴⁰⁾ A. St. O. §. 93. Civilstaatsdienstgesetz §. 28—30.

Die Oberaufsicht über die Dienstführung der städtischen Beamten steht der Landesregierung zu, und dieselben sind, gleich den Staatsbeamten, Ordnungs- und Disciplinarstrafen unterworfen ¹⁴¹⁾.

Die Vorgesetzten können wegen Dienstwidrigkeiten und ungebührlichen Betragens den übrigen Mitgliedern Erinnerungen und Zurechtweisungen ertheilen und die in ihren Arbeiten Säumnigen mit den gesetzlich bestimmten oder vorher angebotenen, jedoch den vierten Theil des Monatsgehalts nicht übersteigenden Geldstrafen belegen, wogegen der Rekurs an die vorgesetzte Behörde freisteht ¹⁴²⁾.

Rücksichtlich der Disciplinarstrafen und des dabei zu beobachtenden Verfahrens stehen die Magistratsmitglieder den Staatsdienern gleich. Die desfalligen Bestimmungen werden von den vorgesetzten Behörden, in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel aber von den Vorständen nach vorgängiger Kommunikation und mit Zustimmung der betreffenden Kreisdirection in Ausführung gebracht; gegen die Vorstände selbst aber vom Staatsministerium ¹⁴³⁾.

Rücksichtlich der Suspension, Stellung vor Gericht und Auflösung des Dienstverbandes stehen die städtischen Beamten den Staatsdienern gleich, jedoch mit folgenden Modifikationen ¹⁴⁴⁾:

- 1) Staatsdiener können von der Landesregierung, wenn sie dies zum Besten des Dienstes erforderlich hält, nach angehörtem Gutachten der betreffenden Section der Ministerialkommission auch ohne ihr Gesuch den Abschied erhalten und zwar binnen den ersten drei Jahre ohne Recht auf Titel, Rang, Gehalt und Pension. Nach Ablauf dieser Zeit und wenn sie die Bestätigung in ihrem Amte erhalten haben, mit Rang,

¹⁴¹⁾ X. St. D. §. 94.

¹⁴²⁾ Ebendasselbst §. 95. Civilstaatsdienstgesetz §. 34.

¹⁴³⁾ Ebendasselbst §. 96. " §. 35, 36, 37, 38, 40.

¹⁴⁴⁾ Ebendasselbst §. 97. Staatsdienstgesetz §. 61 — 64.

Titel und einem dem Maximum der Gnadenpension nach Verhältniß der Dienstjahre gleichem Gehalte ¹⁴⁵⁾. Bei städtischen Beamten kann zu keiner Zeit eine Verabschiedung stattfinden, wenn nicht der Magistrat und die Stadtverordneten übereinstimmend darauf antragen oder ihre Zustimmung geben.

- 2) Staatsbeamte erhalten, wenn sie in Ruhestand versetzt werden, einen durch die Größe des Normalgehalts und die Zahl der Dienstjahre zu bestimmenden Normalruhegehalt, es hängt indeß von der freien Entschließung des Landesfürsten ab, ihnen die höhere Gnadenpension zu verleihen ¹⁴⁶⁾. Bei städtischen Pensionirten kann letztere nur mit Bewilligung der Stadtverordneten gegeben werden.

Staatsbeamte können nicht nur in administrativem Wege, sondern auch durch gerichtliches Erkenntniß, außer den durch die Strafgesetze bestimmten Fällen noch in einigen anderen aus dem Amte entlassen werden und haben dann ohne Rücksicht auf die Dienstzeit nur auf $\frac{1}{3}$ des Normalgehalts Anspruch, jedoch kann ihnen der Landesfürst in diesem Falle nach freier Entschließung den Normalruhegehalt bewilligen ¹⁴⁷⁾. Letzteres kann bei städtischen Beamten ebenfalls nur mit Bewilligung der Stadtverordneten geschehen.

- 3) Staatsbeamte haben, wenn ihre Dienstunfähigkeit eine vorübergehende oder nur in Beziehung auf ihr gegenwärtiges Amt stattfindende ist, das Recht, wenn erstere gehoben oder eine ihren Kräften entsprechende Stelle vakant geworden ist, in den Dienst wieder einzutreten ¹⁴⁸⁾. Bei städtischen Beamten fällt solches weg.

¹⁴⁵⁾ Staatsdienstgesetz §. 46 und 47.

¹⁴⁶⁾ Ebenda selbst §. 53 — 56.

¹⁴⁷⁾ Ebenda selbst §. 60, 61.

¹⁴⁸⁾ Ebenda selbst §. 51.

- 4) Staatsbeamte können, wenn durch veränderte Staatseinrichtungen oder durch bleibende Verringerung der Geschäfte ihre Dienste nicht mehr erforderlich sind, in Ruhestand versetzt werden ¹⁴⁹⁾; städtische Beamte nicht.
- 5) Bei Berechnung der Dienstjahre behuf der Ausmittlung der Pensionen werden den städtischen Beamten auch die im hiesigen Civilstaatsdienste zugebrachten Jahre mit angerechnet.

Geschäftskreis und Geschäftsführung des Magistrats.

Neben seiner Eigenschaft als Kommunalbehörde ist der Magistrat auch Organ der Staatsgewalt. In letzterer Eigenschaft hat derselbe die Aufträge, welche ihm in Landesangelegenheiten entweder für beständig oder für einzelne Fälle im Bezirke der Stadt ertheilt werden, zu vollziehen und den Requisitionen der Staatsbehörden Folge zu leisten. Er handelt dabei unabhängig von den Stadtverordneten, und in Städten, wo dem Bürgermeister allein die Polizeiverwaltung übertragen, ist dieser an die Mitwirkung der übrigen Magistratsmitglieder ebenfalls nicht gebunden ¹⁵⁰⁾.

Als Kommunalbehörde ist der Magistrat der Stadt als deren Obrigkeit vorgesetzt, hat die städtischen Gemeindeangelegenheiten zu verwalten und die ganze Stadtverwaltung zu führen, zu welchem Behufe ihm sowohl die einzelnen Gemeindemitglieder, als auch die im Orte befindlichen städtischen Behörden, die städtischen Korporationen und Stiftungen unterworfen sind ¹⁵¹⁾. Er beruft die Versammlung der Stadtverordneten durch ihre Vorsteher und darf zur Erörterung der zu beratenden Gegenstände Deputirte in die Versammlung senden ¹⁵²⁾. In Gemeindeangelegen-

¹⁴⁹⁾ Staatsdienstgesetz §. 52.

¹⁵⁰⁾ Ebendasselbst §. 98, 101.

¹⁵¹⁾ Ebendasselbst §. 98, 99.

¹⁵²⁾ Ebendasselbst §. 100.

heiten ist er nach Maassgabe der A. St. D. an die Mitwirkung der Stadtverordneten gebunden. In Städten, worin die städtischen Unterrichtsanstalten und die Leitung des Schulwesens unter der Aufsicht des Konsistoriums den Kirchenvisitatoren übertragen ist, sollen die Vorsitzenden des Stadtmagistrats mit den weltlichen Visitatoren an den desfalligen Verhandlungen und den Schulkonferenzen Theil nehmen ¹⁵³⁾. Sie sind berechtigt, zur Aufrechthaltung der Ordnung bei den öffentlichen Verhandlungen u. s. w. bis zu 3 Thaler Geldstrafe und 24stündiger Haft zu erkennen ¹⁵⁴⁾.

Einzelne Abtheilungen der Gemeindeverwaltung und einzelne Geschäftszweige können für immer oder auch temporair Deputationen aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten übertragen und auch andere Bürger zugezogen werden. Deren nach Stimmenmehrheit gefasste Beschlüsse können nur nach Genehmigung des Magistrats in Ausführung gebracht werden ¹⁵⁵⁾.

Die Geschäftsführung ist kollegialisch, bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden ¹⁵⁶⁾, welcher die Aufsicht auch über die Hilfs- und Unterbeamten und die Leitung des Geschäftsganges hat, in Fällen aber, wo Gefahr im Verzuge ist, sofort die nöthigen Verfügungen trifft ¹⁵⁷⁾.

Städtische Hilfs- und Unterbeamten.

Die Zahl der erforderlichen Hilfsbeamten — zu denen nothwendig ein Kämmerer gehört, der jedoch auch Magistratsmitglied sein kann und zugleich die Landessteuern, Brandkassen- und Schulgelder erhebt — wird von dem Magistrate und den Stadtverordneten unter Genehmigung der Landes-

¹⁵³⁾ A. St. D. §. 101.

¹⁵⁴⁾ Ebendasselbst §. 103.

¹⁵⁵⁾ Ebendasselbst §. 103 — 106.

¹⁵⁶⁾ Ebendasselbst §. 101. Ob an und für sich, oder ob er eine zweite Stimme abgibt, erscheint zweifelhaft.

¹⁵⁷⁾ Ebendasselbst §. 108.

regierung festgestellt ¹⁵⁸). Zu diesen Stellen präsentirt der Magistrat den Stadtverordneten 2 oder 3 Personen, welche eine davon mittelst verschlossener Zettel nach relativer Stimmenmehrheit wählen. Bei Stimmengleichheit giebt der Magistrat den Ausschlag.

Die zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Unterbedienten sollen auf Kündigung angenommen werden, ob dies rücksichtlich der übrigen Hilfsbeamten und Unterbedienten geschehen soll, hängt von dem übereinstimmenden Beschlusse des Magistrats und der Stadtverordneten ab. Die Kündigung bedarf aber der Zustimmung der letzteren ¹⁵⁹).

Soviel als möglich, sollen deren Normalgehälter durch das Statut, sonst im Etat festgestellt werden ¹⁶⁰).

Ihre Disciplinarbehörde ist der Magistrat. Wegen der Pensionirung und Entlassung, der Ordnungs- und Disciplinarstrafen gelten die für die Staatsbeamten 2ter Klasse bestehenden Bestimmungen ¹⁶¹). Zu den Disciplinarstrafen gehört auch Arrest, welchen die Magistrate in Braunschweig und Wolfenbüttel bis zu 14 Tagen, die in den übrigen Städten aber bis zu 3 Tagen und mit Genehmigung der Kreisdirection bis zu 14 Tagen verfügen können ¹⁶²).

VI. Verhältniß der Stadtbehörden zu der Landesregierung und den Landesbehörden.

1) Verhältniß zum Landesherrschen und zur Landesregierung.

Die Oberaufsicht über die Einrichtung und Verwaltung der städtischen Gemeinwesen, sowie alle Hoheits- und Regierungsrechte sind dem Landesherrschen vorbehalten, welcher solche durch die dazu bestellten Behörden ausübt ¹⁶³).

¹⁵⁸) A. St. D. S. 109.

¹⁵⁹) Ebendaselbst S. 110.

¹⁶⁰) Ebendaselbst S. 111.

¹⁶¹) Civilstaatsdienstgesetz S. 65 — 70.

¹⁶²) A. St. D. S. 112.

¹⁶³) Ebendaselbst S. 113.

Die Landesfürstliche Genehmigung ist in folgenden Fällen erforderlich ¹⁶⁴⁾:

- 1) Wenn neue örtliche Statute errichtet oder bestehende erklärt, abgeändert oder aufgehoben werden sollen.
- 2) Zur freiwilligen Veräußerung oder Theilung städtischer Grundstücke und Gerechtsame.
- 3) Zur Veräußerung von wissenschaftlichen und Kunstsammlungen und Veränderungen mit städtischen Archiven.
- 4) Zur Aufnahme von Anleihen und zur Kündigung und Ausleihung von Kapitalen.
- 5) Zum Ankaufe von Grundstücken.
- 6) Zur Einführung von Gemeindeauflagen und deren Veranlagung.
- 7) Zu der Einrichtung der jährlich aufzustellenden Haushaltsetats, des Rassen- und Rechnungswesens.

Die zu stellenden Anträge werden dem Staatsministerium durch die Kreisdirektion vorgelegt und mit deren Gutachten begleitet.

Das Staatsministerium entscheidet, wenn gegen Verfügungen des Stadtmagistrats in städtischen Sachen von Einzelnen Beschwerde erhoben wird, über diese. Eine Abänderung kann aber nur nach Anhörung des Magistrats auf den Bericht der betreffenden Staatsverwaltungsbehörde erfolgen ¹⁶⁵⁾.

Ferner entscheidet dasselbe in Fällen, wo die Stadtbehörden einverstanden sind, die Kreisdirektion aber einen Beschluß derselben mit den Gesetzen oder dem Wohle der Stadt für unverträglich hält, auf Bericht der Kreisdirektion ¹⁶⁶⁾.

2) Verhältnis zur Kreisdirektion.

In den zum Ressort der Kreisdirektion gehörenden Sachen, welche der Magistrat oder ein Mitglied desselben nicht

¹⁶⁴⁾ A. St. D. §. 119.

¹⁶⁵⁾ Ebendasselbst §. 115.

¹⁶⁶⁾ Ebendasselbst §. 117.

als städtische Behörde, sondern als Organ der Staatsgewalt zu besorgen hat, namentlich in den auf die Verwaltung der Lokalpolizei sich beziehenden Angelegenheiten steht der Kreisdirektion eine Entscheidung zu ¹⁶⁷⁾.

In Beziehung auf die städtische Verwaltung hat dieselbe nur ein Aufsichtsrecht, welches sich darauf beschränkt, daß die Verwaltung den bestehenden Gesetzen gemäß geschehe, daß das Gemeindevermögen erhalten und das Einkommen davon zu Gemeindezwecken verwandt und bei Vertheilung der Gemeindeabgaben nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren werde ¹⁶⁸⁾.

Sie kann jedoch in den Fällen, wo die Stadtbehörden einverstanden sind, keine abändernde Verfügung erlassen, welche vielmehr der Landesregierung zusteht, wohl aber die Ausführung der beschlossenen Beschlüsse suspendiren ¹⁶⁹⁾.

Die Fälle, wo sie bei Konflikten zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten vermittelnd oder entscheidend eintritt oder bei der Verhängung von Disciplinar- oder Ordnungsstrafen mitwirkt, sind bei den betreffenden Abschnitten bezeichnet.

3) Verhältniß zum Finanzkollegium.

Dem Finanzkollegium steht die Revision sämtlicher Rechnungen über den Staatshaushalt zu ¹⁷⁰⁾.

4) Verhältniß zu anderen Landesbehörden.

Als Organ der Staatsgewalt hat der Magistrat den Requisitionen der Staatsbehörden Folge zu leisten ¹⁷¹⁾. Die mit der Beaufsichtigung der Gemeindeverwaltung nicht beauftragten Landeskollegien und höhern Herzöglichen Behör-

¹⁶⁷⁾ X. St. D. §. 115.

¹⁶⁸⁾ Ebendaselbst §. 114.

¹⁶⁹⁾ Ebendaselbst §. 117.

¹⁷⁰⁾ Ebendaselbst §. 120.

¹⁷¹⁾ Ebendaselbst §. 98.

den haben sich, wenn sie glauben, daß ihren Anforderungen von dem Magistrate nicht gehörig genügt worden, desfalls an die Kreisdirectionen, denen über denselben in dieser Eigenschaft eine Disciplinargewalt zusteht, zu wenden, mit Ausnahme jedoch der für einzelne Zweige der Verwaltung bestehenden Mittelbehörden ¹⁷²⁾ (z. B. den Steuerbehörden).

5) Verhältniß zu den städtischen Polizeibehörden.

Die Polizeiverwaltung gehört nicht zum Ressort der Magistrate als solcher, und es hängt von dem Ermessen der Landesregierung ab, ob sie dieselbe dem ganzen Magistrate, oder nur dem Bürgermeister — welcher solche in diesem Falle als Organe der Staatsgewalt verwaltet — oder einer abgesonderten Behörde übertragen will.

In letzterem Falle soll das Verhältniß zwischen dieser und dem Stadtmagistrate durch das Statut bestimmt und für eine angemessene Verbindung Sorge getragen werden.

Rücksichtlich der Errichtung, Abänderung und Aufhebung polizeilicher Statute hat die Polizeibehörde nur das Recht des Antrags bei dem Magistrate, und dieser hat dann das über die Errichtung von Statuten vorgeschriebene Verfahren einzuleiten ¹⁷³⁾.

Die zwischen der Polizeibehörde und dem Stadtmagistrate entstehenden Konflikte werden vom Staatsministerium entschieden ¹⁷⁴⁾.

Daß in der Städteordnung ein sehr großer Fortschritt liegt, ist nicht zu bezweifeln, denn die Städte haben durch dieselbe einen großen Theil ihrer ursprünglichen Selbstständigkeit als Korporationen wiedererlangt. Die vorgesetzten Stadtbehörden sind nicht mehr bloße Regierungsorgane, son-

¹⁷²⁾ X. St. D. S. 121.

¹⁷³⁾ Ebendasselbst S. 121.

¹⁷⁴⁾ Ebendasselbst S. 116.

bern sie sind Kommunalbehörden, welche nicht nur die städtischen Angelegenheiten zu verwalten, sondern auch die städtischen Rechte zu wahren und zu vertreten haben. Die Städte wirken zur Wahl dieser Stadtbehörden mit und nehmen außerdem in den wesentlichsten Punkten durch die von ihnen zu wählenden Stadtverordneten an der Verwaltung Antheil. Die Stellung der Magistrate ist eine würdige, indem sie in den rein städtischen Angelegenheiten direkt unter dem Landesfürsten und dem Ministerium stehen, während die Mittelbehörden (namentlich die Kreisdirektionen) durchaus nur als Hilfsorgane der Regierung auf jene Angelegenheiten einen Einfluß ausüben, keineswegs aber eine unmittelbare Obergewalt haben.

Wenn dennoch die Städteordnung und die in deren Folge eingetretenen Einrichtungen mit ziemlicher Kälte und Gleichgiltigkeit aufgenommen worden sind, so hat dies seinen Grund theils in dem, im hiesigen Lande überhaupt nicht sehr regen Sinne für öffentliches Leben, eine Erscheinung, die sich daraus erklärt, daß überall nicht nur die unmittelbare Oeffentlichkeit fehlt, sondern auch die wichtigsten Verhandlungen kaum anders, als durch die ihre Resultate enthaltenden Gesetze und Einrichtungen bekannt werden, welches alles auch bei der städtischen Verwaltung in vollem Maße zutrifft; theils liegt der Grund vielleicht in einigen minder befriedigenden Bestimmungen der A. St. O., z. B. der, daß die Lokalpolizei als ein Hoheitsrecht betrachtet und von den Stadtbehörden als solchen nicht ausgeübt wird, sowie in der Wahl der Magistratsmitglieder, bei denen selbst die Theilnahme der Stadtverordneten auf ein Minimum herabsinkt, theils endlich vielleicht in dem unglücklichen Umstande, daß die Braunschweigischen Städte durchgängig nur ein sehr geringes Korporationsvermögen besitzen, wodurch ein Hauptgegenstand der Verwaltung und des Interesses der Bürgerschaft an derselben wegfällt.

B. Ländliche Kommunalverfassung.

Durch die Verordnung vom 30. Dec. 1813, die Verwaltung, insbesondere die Gemeindeangelegenheiten betreffend, wurde in Beziehung auf die ländliche Kommunalverwaltung bloß der Namen der bisherigen Ortsvorstände (der Maires) abgeändert.

Nachdem nun durch die Verordnung vom 15. Jan. 1814, die provisorische Justiz- und Polizeiverwaltung betreffend §. 3. Nr. 3 und 9 den als Justizbehörden erster Instanz eingeführten Kreisgerichten die nach der westphälischen Verfassung von der Justiz getrennte Polizei und Verwaltung übertragen und dadurch eine wesentliche und durchgreifende Veränderung eingeführt war, wurde durch ein besonderes Gesetz das Verhältniß derselben zu den Polizei- und Verwaltungsgegenständen bestimmt ¹⁷⁵⁾. Danach wurden alle den Distrikt- und Kreisbeamten (den vormaligen Kanton-Maires) obgelegenen Pflichten rücksichtlich der öffentlichen Verwaltung vom 1. März 1814 an den Kreis- und Stadtgerichten übertragen ¹⁷⁶⁾.

Die Ortsvorsteher auf dem platten Lande sollen aus sämmtlichen Mitgliedern der Gemeinde gewählt und auf dieselbe Weise angelegt werden, wie früher die Bauernmeister, welche »mit ihrem guten Willen« von den Beamten dazu bestellt wurden ¹⁷⁷⁾.

Dieselben sollen die Gemeindegüter verwalten, auf Beobachtung der guten Ordnung in ihrer Gemeinde und Aufrechthaltung der Polizei- und sonstigen Verfügungen halten, auch alles gehörig ausrichten, was ihnen von den Kreisgerichten und deren nachgesetzten Behörden übertragen werden wird ¹⁷⁸⁾.

¹⁷⁵⁾ Verordnung v. 19. Febr. 1814, nähere Beziehungen der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungsgegenstände betreffend.

¹⁷⁶⁾ Ebendaselbst §. 1.

¹⁷⁷⁾ Amtskammerverordnung v. 1. Jul. 1688 § 103.

¹⁷⁸⁾ Verordnung v. 19. Febr. 1814. § 9.

Dieselben haben die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde zu besorgen, die direkten Steuern und die Brandcasengelder zu erheben ¹⁷⁹⁾.

Die Ortsvorsteher stehen in allen Beziehungen unter der Aufsicht und Leitung der Kreisgerichte ¹⁸⁰⁾.

Soviel als möglich sollen ihnen als Remunerationen dieselben Vortheile zugebilligt werden, wie sonst den Bauermeistern (großentheils Benützung von Grundstücken) ¹⁸¹⁾.

Rücksichtlich der Theilnahme der Gemeinden an der Verwaltung finden sich nun folgende Bestimmungen:

1. Die Gemeinderrechnungen sollen den Ortsvorstehern in Gegenwart von zwei bis drei unbescholtenen Männern — Geschwornen — aus der Gemeinde abgenommen werden.
2. Bei der Verpachtung, Veräußerung, Vertauschung oder Erwerbung unbeweglicher Güter für die Gemeinde und bei Anleihen für dieselbe soll der Rath dieser Geschwornen und nöthigenfalls der der versammelten Gemeinde vernommen werden.

Veränderungen mit unbeweglichen Gütern oder Anleihen bedürfen zu ihrer Rechtsgiltigkeit der Genehmigung der Landesregierung ¹⁸²⁾.

Die Ortsvorsteher und Geschwornen werden von den Kreisgerichten ernannt und, wenn sie es verlangen, entlassen. Ohne ihren Willen können sie nur mit Zustimmung der Oberhauptleute (jetzt der Kreisdirection) entlassen werden ¹⁸³⁾.

Nachdem im Jahre 1823 eine wesentliche Veränderung in Beziehung auf die Kreisgerichte und die städtische Verwaltung eingeführt war, ergingen auch einige Bestimmungen

¹⁷⁹⁾ Verordnung v. 19 Febr. 1814 §. 3, §. 5.

¹⁸⁰⁾ Ebendaselbst §. 2, 7, 9, 10.

¹⁸¹⁾ Ebendaselbst §. 6.

¹⁸²⁾ Ebendaselbst §. 7.

¹⁸³⁾ Rescript des Geh. Justiz-Roll. v. 4. März 1816.

rücksichtlich der ländlichen Gemeinden, wovon die wesentlichste die ist, daß Behuf der Besetzung der Stelle des Ortsvorstehers die Gemeinde den rücksichtlich der Polizei und Verwaltung an die Stelle der Kreisgerichte getretenen Kreisämtern drei Subjekte präsentiert, welche davon, und zwar da, wo Polizeibeamte bestehen, gemeinschaftlich mit diesen einen auswählen. Die Entlassung geschieht nach vorgängiger Untersuchung auf den Antrag des Kreisamts (jetzt des Amts) durch den Oberhauptmann ¹⁸⁴⁾ (jetzt die Kreisdirektion).

Von der Lokalpolizei-Aufsicht der Ortsvorsteher sollen ausgenommen sein: Die Fürstlichen Diener, die Prediger, Gutsbesitzer, Domainen- und Rittergutspächter, welche nicht selbst Polizeibeamte sind. Diese und deren Wittwen stehen in dieser Hinsicht unmittelbar unter dem Polizeibeamten des Bezirks, worin sie wohnen, oder des Kreisbeamten, falls ihr Wohnort keinem besonderen Polizeibezirke beigelegt sein sollte ¹⁸⁵⁾.

Das Landesgrundgesetz enthält endlich die Bestimmung, daß den Landgemeinden das Recht zustehe, unter Vorbehalt der Bestätigung von Seiten der Regierungsbehörde, ihre Ortsvorsteher zu wählen. Ferner haben sie das Recht, die Ortsgeschwornen selbst zu wählen und durch diese alle Gemeindeangelegenheiten mit zu berathen, insofern nicht bei wichtigen Gegenständen der Rath der versammelten Gemeinde zu vernehmen erforderlich gefunden würde.

Neue Anbauer sollen nicht ohne ihre Vernehmung und, im Falle eines Widerspruchs, nicht ohne vorgängige administrative Entscheidung über die vorgebrachten Gründe, zugelassen werden. Auch ist die Erlassung einer Gemeindeordnung zugesagt worden ¹⁸⁶⁾.

Besondere Bestimmungen finden rücksichtlich der Gemeindeprozesse Statt. Ehe eine Gemeinde als ein Klägerin,

¹⁸⁴⁾ Verord. d. Polizei und Gemeindeverw. betreffend vom 26. März 1823 §. 14 u. 15.

¹⁸⁵⁾ Neue Landschaftsordnung §. 55. u. 56.

¹⁸⁶⁾ Ebenbaselst §. 30.

Verklagte, Widerklägerinn oder Wiederverklagte einen Prozeß beginnt, soll der ganzen versammelten Gemeinde durch die Obrigkeit die Beschaffenheit der Sache auseinander gesetzt und dann jedes Mitglied derselben einzeln in Abwesenheit der anderen über seine Meinung vernommen werden. Wenn zwei Drittel dafür stimmen, so soll sodann die noch versammelte Gemeinde sofort einen Syndikus wählen ¹⁸⁷⁾.

In neuerer Zeit ist ferner diesbezüglich bestimmt, daß der den Gemeinden zu ertheilende Rath über die Eingehung des Prozesses von den Aemtern in ihrer Eigenschaft als Administrativbehörden zu ertheilen sei. Um sich zur Ertheilung dieses Rathes in den Stand zu setzen, soll das Amt, ehe es zur Vernehmung der Gemeinde schreitet, zuvorst das Sachverhältniß nach Möglichkeit aufklären und zu diesem Behufe in der Regel den Ortsvorsteher und die Geschworenen oder einige andere verständige Mitglieder der Gemeinde über die in Betracht kommenden Verhältnisse vernehmen. Die so instruirten Akten werden an die Kreisdirektion eingesandt, welche sodann bestimmt, ob die Instruktion noch zu vervollständigen sei, oder zur Vernehmung der Gemeinde geschritten werden könne ¹⁸⁸⁾.

Die Vorschriften über die eigentlichen Gemeindeprozesse gelten theilweise auch rücksichtlich derjenigen Prozesse, welche ganze Klassen von Dorfgemeinden, als Ackerleute, Halbspänner u. oder sämtliche Dienstpflichtige oder Zehnpflichtige einer Gemeinde führen.

C. Besondere Verhältnisse der Ritter-, Domainen- und Klostergüter.

Die Rittergutsbesitzer, Domainen- und Rittergutspäch-

¹⁸⁷⁾ Verordnung vom 7. Febr. 1791 §. 1. u. 2. — Ebendaselbst vom 6. Januar 1792 §. 1 u. 3.

¹⁸⁸⁾ Circularrescript des Staatsminist. vom 22. Mai 1838 (Gesetzsamml. Nr. 20). Dieser Einfluß der Kreisdirektionen scheint nicht ganz unbedenklich.

ter, sowie deren Wittwen sind von der Lokalpolizei-Aufsicht der Ortsvorsteher ausgenommen und stehen in dieser Rücksicht unmittelbar unter dem Polizeibeamten des Bezirks, worin sie wohnen, oder falls solcher einem besonderen Polizeibezirke nicht beigelegt sein sollte, unter dem Kreisbeamten (jetzt dem Amte) ¹⁸⁹⁾.

Nach einem früheren Gesetze sollten die Kreisgerichte in der Polizeiverwaltung von den früherhin eremten Gutsbesitzern und Pächtern der Domänen und ritterschaftlichen Güter unterstützt werden, dergestalt, daß diese in dem Umfange der Domainen und Güter und deren Nachbarschaft, wenn sie dazu erbötig und qualificirt sind, die unmittelbare Polizei-Aufsicht führen, und, wenn sie nicht selbst Ortsvorsteher, diese ihnen in solcher Beziehung untergeordnet sind. Sie sind befugt, die dahin abzielenden provisorischen Verfügungen, besonders in eiligen Fällen, zu treffen und auf der That ertappte Verbrecher arrestiren zu lassen. Diejenigen, welche dieses Geschäft zu übernehmen bereit sind, haben sich binnen 4 Wochen bei dem betreffenden Kreisgerichte zu melden, welches sich mit ihnen über den Bezirk einigt ¹⁹⁰⁾.

Auf dem am 6. September 1819 zusammengetretenen Landtage wurde die Patrimonialgerichtsbarkeit und der privilegirte Gerichtsstand, welche bis dahin thatsächlich nicht wieder hergestellt waren, mit Einwilligung der Landstände aufgehoben, dagegen sollte den vormaligen Patrimonialgerichtsherren eine Einwirkung auf die polizeiliche Verwaltung beigelegt werden ¹⁹¹⁾.

In Folge dessen wurde gesetzlich bestimmt, daß die Patrimonialgerichtsherren in dem Bezirke des vor:

¹⁸⁹⁾ Verordn. d. Polizei und Gemeindeverwaltung betreffend vom 26. März 1823 §. 30.

¹⁹⁰⁾ Verordn. d. Polizei und Verwaltungsgegenstände betreffend v. 10. Febr. 1814. §. 10.

¹⁹¹⁾ Landtagsabschied v. 11. Jul. 1823. Art. 37.

maligen Patrimonialgerichts von Rechtswegen Polizeibeamte sein und in dieser Eigenschaft unter dem betreffenden Oberhauptmanne stehen sollten. Im Behinderungsfalle haben sie eine dazu geeignete Person dem Oberhauptmanne namhaft zu machen, über dessen Qualifikation die Herzogl. Kammer zu entscheiden hat ¹⁹²⁾.

In der gleichzeitig erlassenen Verordnung über die Polizei- und Gemeindeverwaltung finden sich darüber noch folgende Bestimmungen:

Wenn der Grundbesitz, womit die obige Berechtigung verbunden, einem Frauenzimmer zusteht oder vormundschaftlich verwaltet wird, muß eine Vertretung stattfinden.

Ähnliche Polizeibezirke im Umfange der Domanial- und klösterlichen auch größern Privatbesitzungen, oder wo es sonst angemessen scheint, zu bilden und zu Lokalpolizeibeamten darin die Pächter oder Verwalter der Aemter und Güter oder sonstige dazu qualifizierte Personen zu ernennen, bleibt dem Landesherrn vorbehalten.

Die Polizeibeamten haben ein die Benennung ihres Bezirks enthaltendes Dienstiegel zu führen, worin nur die ehemaligen Patrimonialgerichtsherrn ihr eigenes Siegel aufnehmen dürfen.

Die Polizeibeamten stehen, gleich den Kreisämtern, unter dem Oberhauptmanne und sind den Kreisbeamten koordinirt.

Die Ortsvorsteher sind den Polizeibeamten subordinirt.

Die Polizeibeamten können ihre Verfügungen durch Androhung einer Geldstrafe bis zu einem Thaler schärfen, diese, obgleich deren Zuerkennung nur den Kreisämtern zusteht, erforderlichen Falls sogleich selbst betreiben und sonst die den Umständen nach für den Augenblick nothwendig er-

¹⁹²⁾ Verordnung die Einrichtung des Justizwesens betreffend v. 26. März 1823 § 10 u. 11.

forderlichen Maaßregeln nach Beschaffenheit der Sache treffen.

Die Gerichte haben dieselben von den auf ihre Anzeigen erlassenen Strafverfügungen in Kenntniß zu setzen, auch dieselben auf ihren Wunsch zu dem Untersuchungsstermine einzuladen und als Beisitzer des Gerichts mit beratthender Stimme zuzuziehen ¹²³⁾.

Jedem Unbefangenen muß das Unvollständige und Ungenügende unserer gesetzlichen Vorschriften über die ländliche Gemeindeverwaltung auffallen, und die für den nächsten Zusammentritt unserer Landstände verheißene Vorlage einer Landgemeindevorordnung daher von allen Seiten dankbar aufgenommen werden. Nach der jetzigen Verfassung ist bei den Landgemeinden der ihnen gebührende Charakter als selbstständige Korporationen fast ganz aus den Augen verloren, wenigstens haben sie kaum eine Gelegenheit, diesen geltend zu machen, da die Ortsvorsteher — denn eine geregelte Theilnahme der Gemeinden an der Verwaltung und eine Vertretung derselben findet nicht statt — fast in allen Dingen von den ihnen vorgesetzten Aemtern abhängig sind, welche um so mehr geneigt sein müssen, hier ein vollständiges Bevormundungssystem eintreten zu lassen, als der Bauer auch in seinen Privatverhältnissen, z. B. bei Kontrakten über Immobilien, häufig dieser Bevormundung unterworfen ist und daher in der Beamtenwelt sich die Idee festgesetzt zu haben scheint, daß diese Bevormundung wohlthätig, ja unentbehrlich für den Bauern und die Bauerngemeinden sei.

Ebenso sehr bedarf das Verhältniß der großen Güter zu den Gemeinden einer Regulirung. Das Institut der Polizei

¹²³⁾ Verordnung die Polizei- u. Gemeindeverwaltung betreffend vom 26. März 1823 §. 26 — 29. Die ganze Einrichtung ist nie recht praktisch geworden, und nur wenige Patrimonialgerichtsherrn haben von dieser Befugniß Gebrauch gemacht, auch ist solche bei der neuesten Gesetzgebung nicht weiter verfolgt. (Höde Beiträge zur Geschichte der Feudalstände im Herzogthum Braunschweig, 2. Heft Seite 30 u. 31.)

beamten ist, wie schon bemerkt, nicht recht praktisch geworden, und die Gesetzgebung scheint sich vor dessen Ausbildung gescheuet zu haben. Dasselbe kann aber auch für keinen Betheiligten irgendwie genügend erscheinen. Der Gutsbesitzer wird nie die rechte Autorität haben, schon weil ihm das nöthige Unterpersonal nicht zu Gebote steht und es außerdem unverträglich erscheint, daß der Ortsvorsteher in Polizeisachen ihm untergeordnet ist, in anderen Verwaltungssachen aber obrigkeitliche Gewalt über ihn hat. Die großen Gutsbesitzer aber auf völlig gleichen Fuß mit den übrigen Einwohnern zu setzen, erscheint ebenfalls weder gerecht, noch zweckmäßig, und so wird es gewiß die höchste Anerkennung verdienen, wenn die künftige Gemeindeordnung alle diese Schwierigkeiten auf eine befriedigende Art ausgleicht.

Im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig erschienen von demselben Verfasser noch folgende Werke:

Das
Braunschweigische Wechselrecht
in Beziehung auf
Präsentationen, Respecttage
und
Protestationen.

Für Juristen und Kaufleute.

Vom
Advocaten Rothschildt
in Braunschweig.

gr. 8°. Fein Belinp. geh. Preis: 6 Ggr.

Die bei dem
Verkehre mit Wechseln
zu
beobachtenden Formen
nach
gemeinem Rechte
und der
Braunschweigischen Wechselordnung.

Vom
Advocaten Rothschildt
in Braunschweig.

gr. 8°. Fein Belinp. geh. Preis: 6 Ggr.

Vollständige Uebersicht
der
Wesordnung für die Stadt Braunschweig
vom 21. December 1841.

Vom
Advocaten Rothschildt
in Braunschweig.

gr. 8°. Fein Belinap. geh. Preis: 10 Ggr.

In demselben Verlage ist ferner erschienen:

Ueber das
Verhältniß Preussens zu Deutschland,
mit Rücksicht
auf die
Schrift des Herrn von Bülow-Cummerow:
Preußen, seine Verfassung u. s. w.

von

R. Steinacker.

gr. 8°. Fein Belinpap. Preis: 1 Thlr. 12 Sgr.

Die Aufgabe des Advocatenstandes
in
constitutionellen Staaten.

Von

R. Steinacker.

gr. 8°. Fein Belinpap. geh. Preis: 20 Sgr.

J a h r b ü c h e r
für
historische und dogmatische
Bearbeitung des römischen Rechts.

Herausgegeben

von

Dr. Karl Sell und Dr. Wilhelm Sell,
ordentlichen Professoren der Rechtswissenschaft an den Universitäten in
Bonn und Gießen.

Von den Sell'schen Jahrbüchern erscheint jährlich ein Band in drei Abtheilungen von 8 bis 10 Bogen Stärke. Der Preis des Bandes ist 2 Thlr. = 3 Fl. Conv.-Mze. = 3 Fl. 30 Kr. Rheinl. Erschienen ist der erste und zweite Band.

Das Criminal-Gesetz-Buch

für das

Herzogthum Braunschweig.

Nebst den Motiven der Herzoglichen Landesregierung und Erläuterungen aus den ständischen Verhandlungen.

gr. 8. fein Belinpap. geh. 2 Thlr.

Das Schöffengericht

nach gemeinem Rechte, und mit besonderer Rücksicht auf die Gesetze mehrerer deutschen Staaten,

für

Juristen und Landwirthe

bearbeitet von

J. Scholz,

Oberappellations- und Landesgerichts-Procurator zu Wolfenbüttel.

Mit einem Vorworte vom

Geheimenrathe Dr. Rittermaier zu Heidelberg.

gr. 8. fein Belinpap. Preis 2 Thlr. 8 Sgr.

Lehrbuch

des

deutschen gemeinen Criminalprocesses

mit besonderer Berücksichtigung

der

deutschen Particularrechte,

von

Dr. Wilhelm Müller,

ordentl. Professor der Rechte an der Universität zu Gießen.

gr. 8. fein Belinpap. geh. Preis 2 Thlr. 16 Sgr.

Die Recuperatio der Römer.

Eine rechtshistorische Abhandlung

von

Dr. Carl Sell,

ordentlichem Professor der Rechtswissenschaft an der Universität in Bonn.

Beitrag zum Völkerrechte des Alterthums überhaupt, insbesondere des Römischen.

gr. 8. fein Belinpap. geh. Preis 2 Thlr. 12 Sgr.